1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 49
6. Dez. 85
19. Jahrgang
Preis 1,— DM

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

## Diese Woche



### Das i-Tüpfelchen

Es sage keiner, diese Regierung sorge sich nicht um ihr Volk. Es gibt auch Steuern, die sie kürzt oder abschafft. Im Sinne des Sports? Oder: der Entlastung des PKW-Verkehrs? Jedenfalls ähnlicher guter Absichten. Und Franz Josef Strauß war, wie immer bei solchen Dingen, vornedran.

Die Sportflieger bekommen künftig billigeres Benzin. Nicht etwa die Mopedfahrer (die brauchen ja auch kein Benzin) oder sonstwer — eine echte Minderheitenpolitik. Und: Die echte Selbstbedienung.

Besonders auffällig ist diese soziale Wohltat natürlich im Vergleich zur groß angelegten Haushaltsdebatte im Bundestag, wo das Wort sparen und das Wort Notwendigkeit eine so große Rolle spielten.

Aber sicher: Das sind ja nur Kleckerbeträge. Da ein kleiner Millionenklecks und dort einer und dort auch noch einer und schon hat sich ein auch in Bundeshaushaltsmaßstäben erkleckliches Sümmchen zusammengeleppert.

Fairerweise muß man sagen, daß die Sportfliegerei, die private Fliegerei insgesamt nicht das einzige ist, was da steuerlich begünstigt zum billigen Vergnügen wird — die Jägerei und andere Herrensportarten werden ähnlich bedient.

Für einen Mann wie Strauß, dem es noch nie an Frechheit zur Selbstbedienung in aller Öffentlichkeit gefehlt hat, ist dieser Beschluß ein mehrfacher Gewinn. Als Flieger und als Mann, der in der Flugzeugindustrie eine Rolle spielt.

Für die meisten anderen Bundesbürger, außer für die, die sich ein solches Maschinchen leisten können, bleibt es ein Schlag ins Gesicht. Von einem Coup im Mafiastil sprachen einige — aber so etwas tut man in solchen Kreisen nicht. Man kennt höchstens welche aus diesem Milieu.

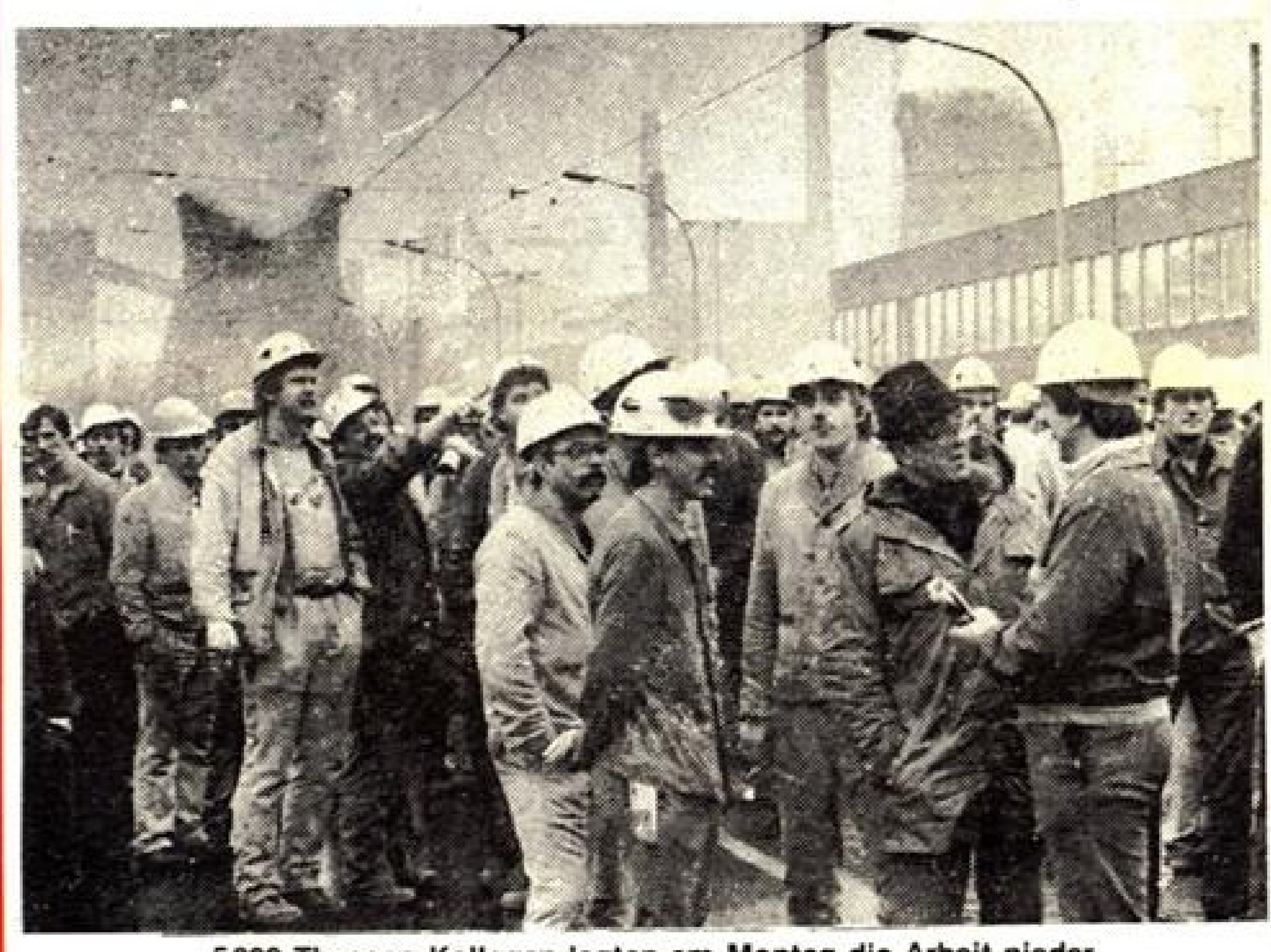
Es ist jedenfalls das i-Tüpfelchen.

Erste Arbeitsniederlegungen in den Betrieben

# Beim Streikrecht gibt's keinen Kompromiß!

**Am Montag dieser Woche starteten Belegschaften im ganzen Bundesgebiet betriebliche Aktionen gegen die geplante Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Nach Auskunft der IG Metall nahmen bereits am Montag rund hunderttausend Metaller an betrieblichen Protestaktionen gegen den geplanten Anschlag auf das Streikrecht teil. In Bonn starteten Gespräche zwischen Regierung, DGB und Unternehmern zum Thema § 116. Während Blüm von „Annäherung" sprach, erklärten Vertreter des DGB, ein Kompromiß sei nicht in Sicht.**

Fortsetzung auf Seite 5



5000 Thyssen-Kollegen legten am Montag die Arbeit nieder

Südafrika

# Neuer starker Gewerkschaftsverband

**In Südafrika ist am vergangenen Wochenende ein neuer starker Gewerkschaftsverband gegründet worden. In der Hafenstadt Durban trafen Delegierte zusammen, die aus 36 verschiedenen Gewerkschaften stammten und insgesamt 500 000 Mitglieder repräsentierten.**




Den neuen Gewerkschaftsverband mit dem Namen *New Congress of South African Trade Unions* gehören überwiegend Schwarze an, er ist aber auch für Angehörige anderer Rassen offen. Dieser Gewerkschaftsverband ist jetzt die größte Organisation ihrer Art in Südafrika.

Die wichtigste und stärkste Einzelgewerkschaft in diesem Verband ist die schwarze Bergarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM). Ihr Vorsitzender, Cyril Ramaphosa, forderte auf einer Kundgebung in Durban den Präsidenten des Rassistenregimes, Botha, zum Rücktritt auf.

In Südafrika hat sich die Widerstandsbewegung ANC zu Raketenanschlägen auf Industrieanlagen bekannt. Die Anschläge — unter anderem auf zwei Kohleverflüssigungsanlagen bei Johannesburg seien, nach ANC-Angaben, von der Guerillabewegung *Umkhonto We Sizwe* (Speer der Nation) verübt worden. Der ANC kündigte eine allgemeine Ausweitung des Kampfes gegen das weiße Regime an.

# Bundeshaushalt '86: Der Kurs bleibt

**Vier Tage lang, von Dienstag bis Freitag letzter Woche debattierte der Bundestag den Entwurf der Regierung für den Bundeshaushalt des Jahres 1986. Diese Debatte entsprach in ihrem Verlauf weitaus eher der Debatte des Vorjahres als etwa denen über die Haushalte der beiden Jahre zuvor. Wobei besonders hervorzuheben ist, daß die Opposition, insbesondere die SPD, ausgesprochen defensiv in diese Debatte ging und so mit dazu beitrug, daß der politische Sieger dieser Auseinandersetzung die Wenderegierung und die sie tragenden Parteien waren.**

## Der Kanzleretat

Traditionsgemäß stand am Beginn der gesamten Debatte die Beschlußfassung über den — finanziell an sich relativ unbedeutenden — Kanzleramtsetat. Darum entspann sich eine politische Generaldebatte, in der Kohl auch darauf pochte, daß der Erfolg des Genfer Gipfels auch ein Erfolg seiner Regierungspolitik gewesen sei. Da blieb für die SPD wenig Raum, politische Alternativen aufzubauen, da sie ja den Genfer Gipfel ebenfalls als Erfolg bewertet und deshalb kaum in Abrede stellen konnte, daß die massive Aufrüstung der NATO und der BRD einen solchen Erfolg (im Gegensatz zu ihren eigenen früheren Beteuerungen) nicht verhindert haben.

Im innenpolitischen Teil der Debatte um den Kanzleretat ging es vor allem um die generelle Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, für die Kohl das Schlagwort prägte „Optimismus mit Augenmaß". Weidlich ausgenutzt wurde dabei von allen Rednern der Regierungskoalition und des Kabinetts die kurz zuvor veröffentlichte Stellungnahme des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die der Regierung die gewünschte Munition geliefert hatte.

Diese generelle Kräfteverteilung bleibt faktisch über alle vier Tage der Etatdebatte — die Regierungskoalition machte eindeutig Punkte, die SPD war nicht in der Lage, wirkliche Alternativen zu präsentieren, die der Grünen waren sehr vermischt: Neben vernünftigen und fortschrittlichen Vorschlägen standen auch die gewohnten Auslassungen gegen die industrielle Produktion an sich und, erstmals in dieser Eindeutigkeit, auch sehr an der SPD orientierte Vorschläge.

## Das Ergebnis

Der Entwurf der Regierung wurde von den sie tragenden Parteien einhellig verabschiedet. Der Umfang des Haushalts im nächsten Jahr beträgt somit 263,5 Milliarden DM. Dabei sind die Ausgaben von vier Ministerien die entscheidenden Brocken, die allein 168 Milliarden DM umfassen.

In der Statistik an der Spitze steht nach wie vor das Blümsche Ministerium mit Ausgaben in Höhe von 58,5 Mrd. DM, gefolgt von Wörner mit 49,9 Mrd. DM, den Stoltenbergschen Zahlungen an die Banken und sonstige Kreditgeber in Höhe von 34,2 Mrd. DM und dem Verkehrsministerium Dollingers mit 25,4. Alle anderen Ministerien zusammen haben ein Ausgabenvolumen von 95,5 Milliarden DM.

Zu diesen offiziellen Zahlen sind selbstverständlich eine ganze Reihe von Berichtigungen zu machen.

Einmal gibt es, will man Ausgabenentwicklungen berechnen, die Schwierigkeit, daß in den letzten Jahren die wirklichen Ausgaben sich meist deutlich von den Planansätzen unterschieden haben. Zum zweiten gab es bisher in den krasseren Fällen darüber hinaus jedes Jahr Nachtragshaushalte, die teilweise weitgehende Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Beschluß des Bundestages mit sich brachten. Und drittens ist auf das Problem — so alt wie die Etatdebatten im Bundestag — Rück-

Fortsetzung auf Seite 11

# Rau eröffnete in Ibbenbüren

**Trotz zahlreicher Proteste wurde letzten Freitag das Kohlekraftwerk in Ibbenbüren (betrieben von RWE und Preußag) in Gang gesetzt. Für den symbolischen Eröffnungsknopfdruck reiste Ministerpräsident Johannes Rau eigens aus Düsseldorf an — in demonstrativer Absicht.**

Die zahlreichen Proteste gelten vor allem dem Ausstoß von Stickoxid. Der kann bis zu 2000 Milligramm (mit anderen Worten 2 Gramm) pro Kubikmeter erreichen — ein einsamer Rekordwert. Was nicht sein müßte:

Bei einem Kraftwerk, das nach demselben Prinzip arbeitet (die Schmelzfeuerung für Anthrazitkohle wird auch im saarländischen Enzdorf angewandt) wurde der Ausstoß von Stickoxid von 2900 auf nur noch 200 mg pro Kubikmeter reduziert. Ähnliche Werte wären auch in Ibbenbüren zu erreichen — nur wird dort ein Katalysator erst ab 1988 verlangt.

Wie im Sommer bei Buschhaus so ist es auch jetzt bei Ibbenbüren das Kraftwerk gilt, weil bereits 1980 genehmigt, als angebliche Altanlage und muß deshalb die 84er Auflagen der TA Luft erst in einer bestimmten Frist (hier eben 1988) erreichen. Was dahinter steckt, ist nichts anderes als ein Liebesdienst der NRW-Landesregierung an den bundesdeutschen Stromkonzern Nummer 1, das RWE.

Was den zurückgetretenen ehemaligen NRW-Minister Bäumer zur Feststellung veranlaßte, man könne ja bald NRW in RWE umtaufen, ist nichts anderes als ganz handfeste Interessenpolitik der Regierung Rau. Dieselben Politiker, die sich bei der Auseinandersetzung um das Kraftwerk Buschhaus künstlich aufregten (und der Putschpolitik der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag in dieser Frage) berufen sich nun, genau wie die Bundesregierung damals auf angebliche Sachzwänge und — natürlich — auf die Sicherung von Arbeitsplätzen. (Dabei ist diese Landesregierung kurz nach Inbetriebnahme des HTR 300 bereits in Verhandlungen mit den Industrie- und Handelskammern über den Bau eines weiteren Hochtemperaturreaktors, dem HTR 500 mit dem noch weitere Bergbauarbeitsplätze vernichtet werden).

Die Arbeitsplätze, die gesichert werden sollen, glaubt man der Propaganda der Landesregierung, die Rau bei der Eröffnungsfeier nochmals vollinhaltlich herunterbetete, sind die der Ibbenbürener Schachtanlage der Preußag.

Aufgrund dieser Sachlage sind neben verschiedensten Formationen der Umweltschutzverbände auch die Rechten aufmarschiert und haben die SPD der Heuchelei bezichtigt, allen voran die CSU-Einpeitscher. Auf diese Weise und durch die Intensivierung der Debatte um Kohlekraftwerke, die dadurch erzwungen wird, wird indirekt auch der weiteren AKW-Politik der Steigbügel gehalten.

## Kritik am Friedensnobelpreis

# Kohls Tradition

**Der Bundeskanzler hatte sich den Tiraden seines Parteigeneralsekretärs gegen die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises angeschlossen. Dieser, Heiner Geißler mit Namen, hatte versucht, die Vereinigung der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg durch Vorwürfe an die Adresse des sowjetischen Leitungsmitglieds Tschasow zu treffen.**

Jenseits des Streits darum, was an Vorwürfen gegen die Person berechtigt ist oder nicht und was ausgerechnet ein Geißler das Recht habe, andernen überhaupt etwas vorzuwerfen, bleibt die Tatsache, daß es die Organisation ist, die den Preis erhalten hat für ihre Arbeit und daß es diese Arbeit ist, die der Bundesregierung nicht in ihren Aufrüstungskurs paßte und paßt.

Die Bundesregierung bekommt keine Antwort auf ihre nunmehr offizielle Kritik und wird keine bekommen — zu Recht. Was sie bekam, war eine öffentliche Stellungnahme des Sekretärs des Nobelpreiskomitees, der die Tradition von Kohls Kritik an der Preisvergabe aufzeigte. Der letzte Regierungschef, der eine Preisverleihung kritisiert hatte, war Adolf Hitler gewesen — der Preisträger Carl von Ossietzky. Und das ganze spielte sich vor genau 50 Jahren, 1935 ab. Jeder sucht sich seine eigene Tradition.

Der Versuch der Bundesregierung, die dreisten Attacken eines Geißler in den Rang offizieller Bundespolitik zu heben, ist in dieser Form selbst für diese Regierung bisher nicht alltäglich. Die Arbeit der Ärzte gegen den Atomkrieg muß diese Politiker der atomaren Aufrüstung doch noch viel mehr geärgert haben als man zunächst erwartet hatte.

**Impressum**
**Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD**
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

## SPD-Parteitag in Niedersachsen

# Die versuchte Neuauflage

**Der Landesparteitag der SPD Niedersachsen war eigentlich nicht mehr als eine Bestätigung der seit Monaten sich abzeichnenden Politik: Mit dem Versuch, eine Neuauflage von Johannes Rau zum Wahlsieg zu bringen, sind die Inhalte auch schon erschöpft.**

Hatte der Spitzenkandidat Gerhard Schröder zuerst einen Oskar Lafontaine-Verschnitt dargestellt (nach dem Wahlsieg an der Saar) so war die Umschaltung fast sofort nach Raus Wahlsieg an Rhein und Ruhr erfolgt. Das betraf zuerst die Frage des Verhältnisses zu den Grünen — der jetzige Landesparteitag hat dies auf der gesamten programmatischen Ebene abgerundet. Der Landesvater in spe erweist sich als besonnen und staatstragend wie kaum ein zweiter, die Wandlung ist perfekt. Nichts von all dem, was vor Monaten noch an Wahlversprechungen angekündigt worden war, ist übrig geblieben.

Keine Aussage zum niedersächsischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz, das den Todesschuß selbst auf Kinder erlaubt. Keine ernsthafte Absage an die berüchtigten „Under-cover-Agenten" der Polizei, keine Abschaffung des sogenannten Radikalenerlasses (Berufsverbote) nichts von all den Punkten, mit denen einst Profil gesucht wurde gegen die besonders reaktionäre Innenpolitik in Niedersachsen.



Kann Albrecht auch nach dem SPD-Landesparteitag so strahlen?

Dazu sollte noch einmal hervorgehoben werden, daß die CDU Niedersachsen unter der Regie von Albrecht, Möcklinghoff, Hasselmann und Co. mit die reaktionärsten Landesgesetze der BRD hat. Eine fehlende Abgrenzung gerade hier macht schnell deutlich, daß es nicht um eine wirklich andere Politik geht.

Auch verschiedene andere Forderungen, die noch in letzter Zeit innerhalb der SPD gehandelt wurden, wurden serienweise abgebügelt. Kein Tempolimit, kein Ausstieg aus der AKW-Politik, kein Landesberufsbildungsgesetz tauchen im Wahlprogramm auf. Ebensowenig wie die Lernmittelfreiheit, die kostenlosen Kindergärten (die in NRW schon vor Jahren — ohne Folgen versteht sich — im SPD-Wahlprogramm standen) noch auftauchen.

Stattdessen setzt Gerhard Schröder auf „unser Niedersachsen" und den sozialen Inhalt der „Nationalhymne" und ähnliche landesväterliche Sprüche. Die Rau-Kopie ist dermaßen plump und eindeutig, daß sie bereits zur Karikatur wird. Die Fettnäpfchen, in die Rau in den letzten Monaten getreten ist, vermeidet Schröder, indem er weitgehend gar keine politischen Alternativen mehr vorbringt.

Ob diese versuchte Neuauflage erfolgreich sein wird, darf in Zweifel gezogen werden...

## Entschließung des saarländischen Landtags

# Lafontaine in Wendungen

**Mächtiges Aufsehen hatte Oskar Lafontaine während und nach seinem DDR-Besuch erregt. Es ging vor allem um seine Äußerung zur DDR-Staatsbürgerschaft. Der Landtag beschloß anders.**

Hatte Lafontaine im Zuge seiner Gespräche in der DDR bzw. ihrer Auswertung seine Haltung bekundet, auf Dauer sei an der offiziellen Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft nicht vorbei zu kommen, wenn man ein normales Verhältnis anstrebe, so sieht die von ihm mitgetragene Entschließung des saarländischen Landtages anders aus.

Nicht umsonst war sie ja ein Beschluß aller — das heißt im konkreten Fall beider — Landtagsparteien, SPD und CDU. Darin ist nun keine Rede von einer solchen Anerkennung. Wohl aber ist davon die Rede, daß es sich bei diesem ganzen Fragenkomplex um ein sogenanntes innerdeutsches Problem handele — also ein echtes Kontrastprogramm zu Lafontaines vorherigen Erklärungen.

Auch hier scheint Lafontaine an die alte SPD-Tradition in der sogenannten Deutschlandpolitik anknüpfen zu wollen, nach einem Vorstoß in Richtung realistischerer Betrachtung der Sachlage dann doch wieder einen entsprechenden Rückzieher einzubauen — Beispiele für ein solches Verhalten von SPD-Politikern gibt es in der Geschichte der Beziehungen zwischen BRD und DDR zahlreiche.

Das Problem dabei liegt natürlich auf der Hand: Die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR, eigentlich eines der normalsten Dinge der Welt, hängt auf das engste zusammen mit der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Und in dieser Frage ist die „Solidarität der Demokraten" ja eine der zentralen staatstragenden Säulen. Der Streit geht dabei darum, ob eine solche Anerkennung der Staatsbürgerschaft denn nun schon die völkerrechtliche Anerkennung bedeute oder nicht. Denn sich die Finger an dieser völkerrechtlichen Anerkennung zu verbrennen, hat sich bisher noch nie ein führender Sozialdemokrat getraut.

## In Oelde:

# Wallraffs Bücher „nicht zumutbar"

**Im westfälischen Oelde sind auf Anweisung des Stadtdirektors alle Bücher des Kölner Autors Günter Wallraff aus den Regalen der Stadtbücherei entfernt worden. Diese selbstherrliche Zensur durch den CDU-gestützten Stadtdirektor wird demnächst auch den Landtag von NRW beschäftigen, drei SPD-Abgeordnete haben eine Anfrage eingebracht.**

Begründet hat der Oelder Stadtdirektor sein selbstherrliches Verhalten mit einem damit, daß Wallraffs Bücher durch *„Unrechtshandlungen"* entstanden seien. Er schob aber noch nach, *„daß man den ohnehin schon staats- und zum Teil auch lebensverdrossenen jungen Menschen"* Wallraff *„nicht zumuten"* könne.

Der Schriftstellerverband PEN hat in einer scharfen Erklärung protestiert. In Oelde werde obrigkeitsstaatliches Denken sichtbar, Zensur praktiziert und die Freiheit der Kunst mißachtet, hieß es in dem Schreiben vom PEN, der auch den Vorwurf, Wallraffs Bücher seien durch Unrechtshandlungen entstanden, zurückwies.

Konkrete juristische Versuche gegen Wallraffs neuestes Buch vorzugehen, gibt es jetzt auch schon. So versuchte eine Düsseldorfer Zeitung mittels eines Fotos zu beweisen, daß eine Abbildung in dem Buch „Ganz unten" gefälscht sei. Wallraff ist auf dem Foto im Buch mit biertrinkenden CSUlern zu sehen. Der „Fälschungsbeweis" zeigt denselben Ort ohne Wallraff. Die einzig logische Schlußfolgerung (die Wallraff auch mit anderen Fotos beweisen kann) ist die, daß er **nicht immer** dort gesessen hat, sondern auch mal im Saal umherging. Ein übler Versuch, die Glaubwürdigkeit der Enthüllungen zu untergraben. Schmutzig, wie die jetzt auch bekanntgewordenen Fälle, Leute zu falschen eidesstattlichen Erklärungen zu bewegen. Nach der ersten Ratlosigkeit scheinen diejenigen, deren unmenschlichen Geschäfte Wallraff enthüllte, nun zum Gegenangriff überzugehen. Dazu gehören auch die vielen rassistischen, ausländerfeindlichen Drohbriefe, die Wallraff erreichen.

Der Erfolg des Buches hat das alles vorerst nicht stoppen können. Noch vor den Feiertagen werden wohl eine Million Exemplare von „Ganz unten" unter die Leute gebracht worden sein.



Wallraff bei einer Lesung in Bielefeld

Delegiertenkonferenz der GIM

# Kein Entrismus bei den Grünen

**Am 30. November und 1. Dezember fand in Frankfurt die Delegiertenkonferenz der GIM statt. 81 Delegierte, die 263 Mitglieder vertraten, berieten über die politischen Perspektiven der GIM, über die Quotierung von Genossinnen bei Leitungs- und Delegiertenwahlen, über die angestrebte Vereinigung mit unserer Partei und wählten ein neues Zentralkomitee. An der Konferenz nahmen als Gäste Vertreter verschiedener Sektionen der IV. Internationale teil und Ernest Mandel als Präsident des Vereinigten Sekretariats der „Vierten". Auf Einladung der GIM hat auch eine vierköpfige Delegation des Zentralkomitees unserer Partei an der Konferenz teilgenommen.**

Nachdem der Sonderparteitag unserer Partei sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen hat, zielstrebig auf die Vereinigung mit der GIM hinzuarbeiten, war diese Delegiertenkonferenz der GIM natürlich von besonderer Bedeutung; denn von den Haupttagesordnungspunkten der GIM-Konferenz stand praktisch jeder in direktem Bezug zur Frage der Vereinigung von GIM und KPD. Das wurde auch in der Diskussion auf der Konferenz deutlich. Viele Genossinnen und Genossen, die in den Debatten das Wort ergriffen, bezogen sich auf die Vereinigungsverhandlungen mit unserer Partei, auf die Entwicklung unserer Partei, unsere Parteidiskussion, unsere Position usw.

### Kein Entrismus bei den Grünen

Im Vorfeld der GIM-Konferenz hatten sich drei Tendenzen innerhalb der Organisation herausgebildet. Zwischen den Vertretern dieser drei Tendenzen verlief im wesentlichen die politische Diskussion und die Entscheidung, die die Delegierten über die Perspektive der politischen Tätigkeit der GIM zu fällen hatten, war die Abstimmung über die alternativ gestellten Positionspapiere dieser drei Tendenzen.

Es ist nahezu ein unmögliches Unterfangen, diese drei Tendenzen in wenigen Zeilen angemessen zu charakterisieren. Versucht werden muß es aber, weil es sonst unmöglich ist, ein politisches Hauptergebnis der Delegiertenkonferenz der GIM verständlich darzustellen.

**Tendenz 1:** Diese Genossinnen und Genossen fordern, die Perspektive der Vereinigung von GIM und KPD in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. In ihrem Positionspapier heißt es: „Um politisch für die Interessen der Arbeiterklasse und für die sozialistische Demokratie zu kämpfen, reicht die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften nicht auf. Die SPD ist schon lange dazu übergegangen, den Kapitalismus und seine Krise loyal zu verwalten und die angebliche Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit zu verteidigen. Die Grünen verstehen sich nicht als Teil der Arbeiterbewegung und streben nicht die sozialistische Umwälzung an, die allein die vorhandenen Probleme lösen könnte. Der Kampf für die Eroberung der politischen Macht erfordert daher den Aufbau einer sozialistischen Kraft unabhängig von SPD und Grünen. Die vereinigte Organisation von GIM und KPD ist ein Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer solchen Partei."

Die Genossinnen und Genossen dieser Tendenz treten ein „Für den Aufbau eines klassenkämpferischen Flügels in den Gewerkschaften", wobei die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter/innen als ein erster Schritt betrachtet wird. Diese Tendenz tritt bei Wahlen für „sozialistische Kandidaturen" ein, die so stark wie möglich gemacht werden sollen.

**Tendenz 2:** Diese Genossinnen und Genossen bezeichnen die „mögliche Vereinigung mit der KPD" als „eine der großen — möglicherweise der seit 1969 größten Herausforderung" für ihre Organisation. Diese Position tritt für eine „politische Offensive gegenüber SPD/Grünen" zur Bundestagswahl 1987 in drei Schritten ein: Es soll eingetreten werden für eine Bündnisliste „Ökologie und Sozialismus", bei erwarteter Ablehnung durch die Grünen soll eine sozialistische Liste gebildet bzw. die Kandidatur im Namen der eigenen Organisation betrieben werden, tatsächlich soll aber nur zur Wahl der Direktkanidaten dieser Liste (Erststimme) aufgerufen werden, während hinsichtlich der Zweitstimme ein Wahlaufruf für die SPD und/oder Grüne für angebracht gehalten wird.

Die Verfechter dieser Tendenz kritisieren die Tendenz 1 vor allem, weil sie eine Unterschätzung des sozialdemokratischen Einflusses und eine zu wenig flexible Politik gegenüber der Sozialdemokratie zu erkennen glaubten.

**Tendenz 3:** Diese Genossinnen und Genossen treten für die Taktik des Entrismus bei den Grünen ein. Auch diese Genossinnen und Genossen sprechen sich für die Vereinigung mit unserer Partei aus, konzentrieren sich aber doch mehr darauf, die Bedeutung einer solchen Vereinigung als sehr gering hinzustellen. Nach ihrer Auffassung sollte die GIM bzw. die Vereinigte Organisation als organisierte Strömung in den Grünen arbeiten, um den ökosozialistischen Flügel in den Grünen zu stärken. Für den Fall, daß sich bei den Grünen unumkehrbar der Realoflügel durchsetzt oder mehrere Wahlniederlagen einen unaufhaltsamen Prozeß des Zerfalls und Niedergangs der Grünen einleiten, soll der Bruch der Ökosozialisten mit den Grünen herbeigeführt werden, um die Ökosozialisten als eigenständige Partei zu formieren. Als Ergebnis dieses politischen Manövers erhoffen sich die Vertreter dieser Position eine ökosozialistische Partei mit einem gewissen Masseneinfluß.

In der Debatte ging es sehr stark um die Haltung bei den nächsten Bundestagswahlen. Insbesondere die Tendenz 3 verabsolutierte diese Frage und stellte sie nicht als Frage der Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihres Strebens nach politischem Einfluß, sondern ausschließlich als Frage einer denkbaren parlamentarischen Mehrheit (SPD und Grüne). Tendenz 1 betonte stark die Notwendigkeit der organisierten Arbeit in den Betrieben und des eigenständigen Auftretens der revolutionären Sozialisten. Diesem richtigen Anliegen hätte es zweifellos genutzt, wenn die Diskussionsbeiträge dieser Position sich mehr auch den politischen Problemen, die sich dabei stellen,

Fortsetzung auf Seite 4

### ERSCHIENEN




**Inhaltsverzeichnis: Der Begriff Übergangsperiode — Sozialismus und Warenproduktion — Das Neue Ökonomische System in der DDR — Die ökonomische Strategie der achtziger Jahre — Das heutige System der Leitung, Planung und Stimulierung — Die Kombinatsbildung — Der Betrieb als „soziale Einheit" — Lohnform und Leistungsprinzip — Der Betrieb als Ort der Mehrwertproduktion — Plan contra Markt? — Wer herrscht in der DDR? — Anmerkungen —**

**Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM

# Für die Vereinigung mit der KPD

1.

Die Delegiertenkonferenz der GIM stellt fest, daß die Vereinigungsgespräche zwischen den Leitungen von GIM und KPD ein hohes Maß an Übereinstimmung in wichtigen programmatischen Fraen zwischen beiden Organisationen hervortreten haben lassen. Die Leitungen beider Organisationen sehen nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen eine programmatische Einigung als Grundlage der Vereinigung beider Organisationen als möglich an.

Eine neue Organisation, wie sie aus einer Vereinigung von KPD und GIM hervorgehen könnte, wäre ein positiver Schritt für die revolutionäre Linke in der BRD. Zum einen wäre es ein gewaltiger Fortschritt, wenn zwei Organisationen so unterschiedlicher Herkunft diese Chance realisieren würden, über den Schatten des Sektiertertums, das die BRD-Linke der 70er Jahre prägte und heute noch fortwirkt, hinwegzuspringen. Zum anderen würde ein entsprechende Vereinigung von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten im Gegensatz zur politischen Entwicklung in der BRD stehen, wo viele ehemals sozialistische Organisationen sich aufgelöst haben oder dem Marxismus lebewohl sagten.

Es wäre allerdings eine neuerliche Selbsttäuschung, wenn wir eine vereinigte Organisation bereits für die Realisierung einer sozialistischen Alternative zu SPD, Grünen oder DKP hielten. Diese mögliche neue Organisation wird erst recht mit den aktuellen politischen Fragen konfrontiert sein: den aktuellen Erfordernissen einer Einheitsfrontpolitik, der Notwendigkeit des Eingreifens in bestehende und kommende Differenzierungsprozesse innerhalb der Grünen, in der SPD, im Bereich klassenkämpferischer Kolleginnen und Kollegen mit dem Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Alternative.

2.

Die Delegiertenkonferenz beauftragt das ZK, die Vereinigungsverhandlungen mit der KPD fortzuführen. Neben einer Vereinheitlichung in der praktischen Aktivität der Organisationen ist die Einigung über eine gemeinsame Programmatik und über Regeln für ein demokratisches Funktionieren der neuen Organisation das Kernstück des Vereinigungsprozesses. Bezüglich des demokratischen Funktionierens der neuen Organisation ist die Leitung der GIM beauftragt, weitere Konkretisierungen im Sinne des Dokuments zum Parteiverständnis/innerorganisatorische Demokratie in den Verhandlungen vorzutragen.

Die DK der GIM sieht im Programmentwurf der KPD, ergänzt um die von der DK vorgeschlagenen Änderungen (in der generellen Orientierung), eine hinreichende Grundlage für die Vereinigung beider Organisationen.

Dabei bleibt klar, daß bezüglich der Charakterisierung der RGW-Staaten, Chinas, Jugoslawiens usw., der Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion (Stalinismus) sowie der Haltung zur Militärpolitik und der internationalen Rolle der Bürokratie weiterhin unterschiedliche Einschätzungen existieren. Ebenfalls bleibt die Frage der internationalen Orientierung (Anschluß an die IV. Internationale) different. Zu diesen Themenkomplexen muß eine weitere Debatte in der neuen Organisation geführt werden.

Weiterhin sollte die Diskussion neuer programmatischer Fragen von der neuen Organisation gesucht werden (z. B. zu Ökologie und Sozialismus, Haltung zu Neuen Medien, Gen- und Biotechnologien, Charakter der Immigration in der BRD, Strategie zur Frauenbefreiung usw.)

3.

Ein demokratisches Funktionieren ist für die neue Organisation unerläßlich, soll sie eine kollektive Verarbeitung von Erfahrungen ermöglichen und auch nach außen Attraktivität gewinnen. Die Delegiertenkonferenz hält folgende Eckpfeiler für ein demokratisches Funktionieren der neuen Organisation für unerläßlich:

- das Recht, alle politischen Positionen mündlich und schriftlich der gesamten Mitgliedschaft vortragen/bekanntmachen zu können einschließlich des Rechts auf Bildung von Tendenzen und Fraktionen;
- die Besetzung der zentralen Leitung der neuen Organisation unter anderem (Qualifikation/Repräsentation unterdrückter Schichten) entlang den Abstimmungsergebnissen für die auf der Konferenz präsentierten Abstimmungsplattformen. Ziel dabei ist, daß Mehrheiten genügend Handlungsfähigkeit erhalten, Minderheiten hingegen in die Leitung integriert werden. Mehrheitsbeschlüsse der Konferenz und der gewählten Leitungsorgane müssen von allen Mitgliedern durchgeführt werden.
- Lokale Gruppen (Ortsgruppen/Stadtteilgruppen) sollen die Grundeinheiten der neuen Organisation sein. Ihr Tagungsrhythmus soll so gestaltet sein, daß eine Arbeit der Mitglieder in Kommissionen und Zellen ermöglicht wird. So sollen alle Mitglieder gleichermaßen an Aktivitäten und Debatten der Organisation beteiligt sein können, wird die politische Interventionsfähigkeit auf Stadtebene gesichert und die Möglichkeit geschaffen, Erfahrungen in Teilbereichen zugunsten einer mehrere Gesichtspunkte zusammenfassenden Debatte zu bereichern.
- Die Beibehaltung des Prinzips, eine Organisation von möglichst Gleichen zu schaffen, d.h. die Ausbildung der Mitglieder zu gleichermaßen aktiven, qualifizierten und politisch bewußten Genossinnen und Genossen als Ziel zu setzen und hierzu bewußte Maßnahmen der Organisation (Mitgliedschaftskriterien wie von letzter DK verabschiedet, systematische Schulungsarbeit).

4.

Wenn zwischen den Leitungen von KPD und GIM bezüglich der Programmatik der vereinigten Organisation, des Statuts und des Selbstverständnisses und der demokratischen Funktionsweise der vereinigten Organisation Einigung erzielt ist, wird eine Delegiertenkonferenz der GIM über die erzielte Einigung als Grundlage für die Vereinigung mit der KPD befinden. Parallel dazu steht eine Debatte über die Perspektive der neuen Organisation für die Zeit nach dem Vereinigungskongreß an. Hält die Delegiertenkonferenz der GIM die erzielte Einigung in den oben genannten Punkten für ausreichend, ist folgendes Verfahren angebracht, um die Perspektivdebatte für einen Vereinigungskongreß demokratisch und verantwortungsvoll vorzubereiten:

- Zur Vorbereitung der Perspektivdiskussion soll eine gemeinsame Verhandlungskommission beider Organisationen versuchen, einen Vorschlag für die aktuellen Aufgaben der Organisation (Perspektivdokument) auszuarbeiten. In der Verhandlungsdelegation der GIM werden die entsprechenden Positionen hierzu proportional repräsentiert sein. Im Sinne einer fruchtbaren Debatte schlagen wir der KPD vor, ebenfalls so zu verfahren. Zu einem mehrheitlichen Vorschlag der gemeinsamen Verhandlungskommission können sowohl Änderungsanträge als auch Gegenresolutionen in der Debatte zum Punkt Perspektiven für den Vereinigungskongreß vorgestellt werden;
- die Diskussion über den Punkt Perspektiven für den Vereinigungskongreß sollte nach dem Weg über die Verhandlungskommission in gemeinsamen Leitungssitzungen der ZKs von GIM und KPD beginnen und über gemeinsame Mitgliederversammlungen fortgeführt werden. Für die schriftliche Debatte soll ein gemeinsamer Rundbrief erstellt werden. Die Diskussion sollte nach den vereinbarten Regeln für das demokratische Funktionieren der neuen Organisation stattfinden. Auf dem

Fortsetzung auf Seite 4

# Kein Entrismus bei den Grünen

**Fortsetzung von Seite 3**

wie etwa dem sozialdemokratischen Einfluß in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, gewidmet hätten.

Aber es ist wohl auch eine Folge der für uns ungewohnten Form der Auseinandersetzung über Tendenzbildungen, daß differenzierte Diskussionen einzelner Probleme nur schwer zustandekommen.

Die Mehrheitsverhältnisse auf der Konferenz waren eindeutig: für die Tendenz 1 stimmten 43 der 81 Delegierten, für die Tendenz 2 gab es 18 Stimmen und für die Tendenz 3 hoben 17 Delegierte die rote Stimmkarte.

Entsprechend sind nun die Mehrheitsverhältnisse im neuen Zentralkomitee, was zusammen mit der beschlossenen Quotierung für Frauen eine starke politische und personelle Veränderung in der Leitung der GIM bedeutet.

### Quotierung

Beschlossen wurde ein Antrag an die Delegiertenkonferenz, „daß in Zukunft alle Leitungsorgane und andere Wahlfunktionen, z. B. Delegiertenmandate, mindestens zu 50 Prozent von Genossinnen besetzt werden sollen. Diese Parität gilt im Rahmen der durch Abstimmungen über die politische Linie festgelegten Mehrheit und Minderheit (en).“

Für die Quotierung gab es eine deutliche Mehrheit. Als Problem aber stellte sich heraus, den Quotierungsbeschluß in Übereinstimmung mit dem bei der GIM üblichen Verfahren, das Zentralkomitee genau im Verhältnis der für die verschiedenen Tendenzen abgegebenen Stimmen zu besetzen, zu bringen. Die Tendenz 1 konnte die Quotierung nicht erfüllen. Nach langen Diskussionen und Verhandlungen wurde das Problem so gelöst, daß einerseits das Zentralkomitee erheblich verkleinert wurde, andererseits die zwei Minderheitsposition jeweils um eine Genossin Überquotierten, so daß das neue Zentralkomitee der GIM nun sogar zu mehr als 50 Prozent mit Genossinnen besetzt ist.

### Vereinigung mit der KPD

Zur Abstimmung lag die nebenstehend abgedruckte Resolution für die Vereinigung mit der KPD vor. Sie wurde bei einer Gegenstimme und 6 Enthaltungen angenommen. Die Diskussion machte deutlich, daß eine breite Mehrheit in der GIM für die Vereinigung mit unserer Partei ist und daß viele Genossinnen und Genossen der GIM große Hoffnungen an die Vereinigung knüpfen. Wie auch auf unserem Sonderparteitag, auf dem viele Delegierte sich für die Vereinigung aussprachen und gleichzeitig gewisse „Bauchschmerzen“ bekundeten, wurde in der Diskussion deutlich, daß die Frage der Beurteilung der revisionistischen Länder und der 4. Internationale vielen Mitgliedern der GIM Bauchschmerzen bereitet.

Mit großer Mehrheit wurden die Änderungsanträge des Zentralkomitees der GIM zum Programmentwurf unserer Partei angenommen. Diese Änderungsanträge haben wir bereits vor unserem Sonderparteitag im „Roten Morgen“ veröffentlicht.

Aus der Diskussion ging auch hervor, daß die GIM zur Statutdiskussion Änderungsanträge zu unserem vom Sonderparteitag beschlossenen neuen Statut formulieren wird.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes hatte auch ein Genosse unserer Partei die Gelegenheit zu einer ausführlichen Stellungnahme, in der er neben einigen Ausführungen zur aktuellen politischen Lage vor allem die Notwendigkeit und den Nutzen der angestrebten Vereinigung unterstrich, die bestehenden Differenzen — insbesondere die Frage der 4. Internationale — nicht ausklammerte, jedoch die Auffassung vertrat, daß diese Differenzen in Relation zum erreichten Maß an programmatischer und politisch-strategischer Übereinstimmung beurteilt werden müssen, daß sie nicht die getrennte Existenz zweier Organisationen rechtfertigen können, sondern daß für beide Organisationen zumutbare Kompromisse gesucht werden müßten.

Insgesamt hat die Konferenz der GIM klar gezeigt, daß die Diskussionen in der GIM zwar formal völlig anders als in unserer Partei ablaufen, sich inhaltlich aber durchaus um Fragen drehen, die auch in unserer Partei, wenn auch mit anderen Akzenten, diskutiert werden. Wie bereits der Sonderparteitag unserer Partei hat auch die Delegiertenkonferenz der GIM gezeigt, daß es für die Bemühungen um die Vereinigung beider Organisationen eine überwältigende Mehrheit unter den Mitgliedern gibt.

**Am 14. Dezember findet in Köln eine bundesweite Demonstration der Auszubildenden im Gesundheitswesen statt, zu der die ÖTV aufruft. Dazu drucken wir (leicht gekürzt) ein Flugblatt der KPD/Rheinland ab.**

# Pharma-Multis sahnen ab Azubis wird die Kohle knapp

Es ist doch blanker Hohn, was die öffentlichen Arbeitgeber mit den Auszubildenden in der Krankenpflege betreiben.

Bis zu **40 Prozent weniger an Vergütung** wollen sie zahlen. Mit der fadenscheinigen Begründung, daß der Anteil der gesetzlich vorgeschriebenen Theoriestunden von 1200 auf 1600 erhöht worden ist, die Azubis also weniger malochen müßten, demnach weniger Geld zu bekommen hätten. Als wenn es darum ginge! In den letzten zehn Jahren wurden die 1600 Stunden sowieso schon von fast allen Krankenpflegeschulen erteilt.

Vielmehr geht es doch darum, daß Azubis unserer Meinung nach ein Recht darauf haben, ein eigenständiges, vom Elternhaus unabhängiges Leben führen zu können. Ohne Knete geht das wohl schlecht.

Deshalb fordert die KPD: **Existenzlohn für Azubis**, Eingruppierung in die unterste Lohn- und Gehaltsstufe.

Das ist jedenfalls die anzustrebende Richtung. Die Arbeitgeber wollen offensichtlich den Weg rückwärts gehen: Taschengeld für Auszubildende, als nächstes Schulgeld bezahlen. Richtung 19. Jahrhundert? Nein, danke.

Der Kostendruck auf die Krankenhäuser ist enorm. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung heraus, er schießt immer weniger zu. Die Pflegesätze selbst sind zu knapp, um einigermaßen wirtschaften zu können. Aber was die Arbeitgeber in dieser Situation veranstalten, ist das Letzte. Da gehört ja auch nicht viel Mut dazu.

Mutiger wäre es schon, sich an die **Absahner im Gesundheitswesen** heranzumachen. Da wären zu nennen:

1. Die Pharma-Multis — sie haben den Bogen am besten raus. Nehmen wir als Beispiel den Hoechst-Konzern. Geschätzter Gewinn vor Steuern in der Pharma-Sparte für 1985: 1700000 Mark oder anders geschrieben 1,7 Milliarden Mark (Angaben der Zeitschrift Capital 11/85). Auf eine 50-Mark-Aktie werden 15,60 Mark ausgezahlt, also über 30 Prozent Rendite. Es ist ein Skandal, wie viel da in die Taschen einiger hundert reicher Familien fließt, die eh schon im Geld schwimmen. Und das ist nicht die Ausnahme. Beim Bayer-Konzern werden für 1985 ebenfalls Rekordgewinne erwartet.

2. Ein Großteil der niedergelassenen **Ärzte**, insbesondere der **Zahnärzte**. Im Kölner Stadtanzeiger war am 19.11.85 zu lesen: „Diese Einkünfte (der Zahnärzte) liegen immerhin im Durchschnitt bei 200000 Mark, im Jahr — vor Steuern und nach Abzug der Praxiskosten. Damit halten die Zahnmediziner in der Bundesrepublik eine Spitzenstellung.“ Eine Spitzenstellung allerdings, wenn man überlegt, daß 200000 Mark im Jahr ein Monatseinkommen von über 16000 Mark ausmacht. Soviel Reibach läßt sich mit der langen Studienzeit nicht mehr rechtfertigen.

**Fest steht: Solange die einen absahnen, dazu noch in schwindelerregenden Höhen, hat niemand das recht, von den Arbeitnehmern im Gesundheitswesen Opfer zu verlangen. Schon gar nicht von den Azubis.**

Deshalb fordert die KPD: **Hände weg von den Azubis! Die Reichen sollen zahlen!**

Der ÖTV-Vorstand, der über eine Million Mitglieder vertritt, wehrt sich bisher konsequent. Mancher ist überrascht davon, weil große Worte von Widerstand in der Vergangenheit schon des öfteren gefallen sind. Wenn es dann aber hart auf hart kam, Streiks schon vorbereitet wurden, wurde plötzlich ein Kompromiß abgeschlossen. Aber bis jetzt ist davon nichts in Sicht. Protestaktionen bis zur bundesweiten Demonstration in Köln wurden organisiert. Dazu hat die Tarifkommission klargestellt, daß die Rücknahme der Kürzungen eine Schwerpunktforderung in der Tarifauseinandersetzung im Frühjahr 1986 sein wird. Diese Solidarität brauchen die Auszubildenden auch unbedingt. Wie könnten sie sich alleine durchsetzen?

Die Kämpfe im Arbeitsbereich zeigen immer wieder, daß sie nicht allein durch die besten und stichhaltigsten Argumente gewonnen werden können, sondern im wesentlichen durch organisierten Widerstand, von Protestaktionen bis zum Streik. Je größer die Unruhe, desto eher lenken die Arbeitgeber ein (und umgekehrt). Um so stärker die Gewerkschaften, desto mehr kann erreicht werden. Die Arbeitgeber in der BRD wissen die Bedeutung ihres Verbandes zu schätzen, sie sind zu 98 Prozent organisiert und verfügen damit über enorme Geldmittel. Jeder ist aufgefordert, durch seine Mitgliedschaft in der ÖTV ein Gegengewicht zu setzen. Deshalb: rein in die ÖTV. Nicht aus Idealismus, weil dies ein toller Verein wäre, das Gegenteil ist eher der Fall. (Bürokratie gibt's zur Genüge.) Nein, vielmehr weil es eine realistische Notwendigkeit ist. Und dann gilt es, innerhalb der ÖTV für konsequente Forderungen und deren Umsetzung sich einzusetzen.

# Für die Vereinigung mit der KPD

**Fortsetzung von Seite 3**

Vereinigungskongreß muß über Programm und Statut der neuen Organisation und sollte über den Punkt „Perspektive“ abgestimmt werden.

- Die neue Leitung der neuen Organisation soll paritätisch aus GIM- und KPD-Mitgliedern bestehen. In ihr sollen alle Abstimmungspositionen zum Punkt „Perspektiven“ für die neue Organisation entsprechend der Abstimmungsergebnisse repräsentiert sein.

Da die programmatische Diskussion schon weit fortgeschritten ist und beide Leitungen eine Einigung für möglich halten, muß der Zeitrahmen für die weiteren Vereinigungsgespräche deutlich abgesteckt werden, um den Prozeß überschaubar zu machen und auf ein erfolgreiches Ergebnis zuzusteuern. Die Delegiertenkonferenz hält den Zeitraum bis Mitte 1986 für angemessen, die verbleibenden Probleme zu klären und beauftragt die Leitungsorgane der GIM, in diesem Sinne zu wirken.

5.

Eine Vereinigung von GIM und KPD würde die Frage des Verhältnisses zwischen der neuen Organisation und der RSJ-Roter Maulwurf respektive der KJD neu aufwerfen. Die Delegiertenkonferenz begrüßt daher, daß die Leitungen von RSJ-rM und KJD aus eigenem Antrieb über die Möglichkeit einer Vereinigung beider Organisationen diskutieren.

Die GIM tritt dafür ein, daß die mögliche vereinigte Organisation für ein partnerschaftliches Verhältnis zu einer (möglicherweise vereinigten) unabhängigen Jugendorganisation eintritt. Die Diskussion über die internationale Orientierung wird ebenfalls in der möglicherweise vereinigten Jugendorganisation geführt werden. Die GIM wird sich dabei dafür einsetzen, daß die Debatte um die Sympathie zur IV. Internationale für die Jugendorganisation parallel zur Diskussion um die internationale Orientierung der „Erwachsenenorganisation“ geführt wird.

6.

Die Frage der internationalen Organisierung gehört zu den strittigsten Problemen beim Vereinigungsprozeß zwischen KPD und GIM. Die Delegiertenkonferenz erklärt hierzu, daß sich die Mitglieder der IV. Internationale in der neuen Organisation dafür einsetzen werden, daß die neue Organisation Sektion der IV. Internationale wird. In einem demokratischen Diskussionsprozeß soll diese Frage von der neuen Organisation innerhalb von zwei Jahren entschieden werden. Für diese Diskussionsperiode sollen folgende Regeln gelten:

- Mitglieder der neuen Organisation, die für den Anschluß der neuen Organisation als Sektion der IV. Internationale sind, haben das Recht, für ihre Position mündlich und schriftlich in der neuen Organisation zu werben;
- Mitglieder der IV. Internationale in der BRD sind individuelle Mitglieder, die sich für den Anschluß der neuen Organisation an die IV. Internationale einsetzen und die IV. Internationale materiell unterstützen. Soweit sie Funktionen im Rahmen der IV. Internationale bekleiden (Vereinigtes Sekretariat, Internationales Exekutivkomitee, Internationale Kontrollkommission) nehmen sie diese weiterhin wahr.

Wir treten dafür ein, daß Mitglieder der Leitung aus beiden internationalen Strömungen (IV. Internationale/ex-KPD) dann mit Beobachterstatus an den Leitungssitzungen der IV. Internationale teilnehmen.

- die neue Organisation akzeptiert, daß das deutschsprachige Organ der IV. Internationale (Inprekorr/die tternationale) weiterhin verbreitet wird. Die DK der GIM schlägt vor, daß die neue Organisation diese Zeitschrift im Rahmen der Debatte um die internationale Orientierung anbietet.

Um den Diskussionsprozeß so durchsichtig wie möglich zu machen, schlägt die Delegiertenkonferenz vor, daß alle Dokumente/Materialien der IV. Internationalen für die Leitung der neuen Organisation und die Mitgliedschaft zugänglich sind. Weiterhin wäre es wünschenswert, wenn Nichtsektionsmitglieder der Leitung der neuen Organisation an internationalen Leitungssitzungen als Beobachter/innen teilnehmen und umgekehrt Beobachter/innen der IV. Internationale an Leitungssitzungen der neuen Organisation teilnehmen.

Für die Mitglieder der IV. Internationale gilt die Disziplin der neuen Organisation.

Schlußendlich ist anzustreben, daß über internationale Solidaritätsarbeit/kampagnen eine Abstimmung mit der IV. Internationalen erfolgt oder dort vorhandene Möglichkeiten genutzt werden. Ebenso sollten Repräsentanten der IV. Internationale zu Diskussionsveranstaltungen und zur Debatte um den Anschluß an die IV. Internationale eingeladen werden können.

Über die Organisierung der Diskussionsperiode um den Anschluß an die IV. Internationale muß die Leitung der neuen Organisation entscheiden und hierzu Regelungen vorschlagen.

7.

Die Vereinigungsdiskussion zwischen KPD und GIM führt bereits im jetzigen Stadium zu Diskussionen im revolutionären Milieu außerhalb der Grünen (Beilagenkreis, KB), die bisher im wesentlichen noch ab Abgrenzungsversuche angelegt sind. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß interessierte Kreise am Vereinigungsprozeß zwischen GIM und KPD teilnehmen wollen.

Die Delegiertenkonferenz würde solche Schritte generell begrüßen, weil sie zur weiteren Überwindung von Sektierertum führen könnten. Um jedoch den Vereinigungsprozeß nicht zum Spielraum für Manöver zu machen, müßten weitere Vereinigungsprozesse ebenso in geregelten Bahnen verlaufen, wie die Vereinigung zwischen KPD und GIM:

- Diskussion über die von GIM und KPD erzielte programmatische Einigung als Grundlage weiterer Vereinigungen, Austausch von Stellungnahmen usw.
- Verständigung über das von GIM und KPD vorzulegende Selbstverständnisdokument/Statutentwurf
- demokratische Perspektivdiskussion

Verhandlungen mit weiteren Kräften dürfen nicht zur Bedingung für den Fortgang der Verhandlungen zwischen KPD und GIM gemacht werden, sondern diese müssen in jedem Fall bilateral mit dem Ziel einer erfolgreichen Vereinigung von KPD und GIM weitergeführt werden.

8.

Wir schlagen für die vereinigte Organisation vor, nicht hinter einen 14-Tages-Rhythmus bei der Erscheinungsweise der neuen Zeitung zurückzufallen.

### Erste Arbeitsniederlegungen in den Betrieben

# Beim Streikrecht gibt's keinen Kompromiß!

**Fortsetzung auf Seite 1**

Zu Beginn der Verhandlungen am Montag demonstrierten 1500 Gewerkschafter aus dem ganzen Bundesgebiet in Bonn. IGM-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen konnte an diesem Abend 70000 Protestunterschriften aus Hamburg als „erste Rate" mit zu Norbert Blüm in die Verhandlungen nehmen.

Die erste Welle von Aktionen, Kundgebungen und Versammlungen hat deutlich gemacht: die Bereitschaft, vor allem unter den Mitgliedern der IG Metall, für die Verteidigung des Streikrechts zu kämpfen, ist groß. Die Erinnerung an den kalten Aussperrungsterror der Unternehmer im Streikkampf 1984 ist noch frisch. Die Lehren der Weimarer Republik und die empfindliche Schwächung, die die britische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren unter der konservativen Thatcher-Regierung hinnehmen mußte, stehen immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion.

Alles, was inhaltlich aus den Gesprächen in Bonn, die bei Redaktionsschluß noch nicht beendet waren, bekannt wurde, stellt eine empfindliche Einschränkung der Streikfreiheit dar. So soll Blüm vorgeschlagen haben, daß die Bundesanstalt für Arbeit künftig nicht mehr zahlen soll, wenn in Bezirken, in denen die Unternehmer zur kalten Aussperrung greifen, im „wesentlichen gleiche" Forderungen wie im Streikgebiet aufgestellt worden seien. Das aber wäre nichts anderes als die nachträgliche Legalisierung des Franke-Erlasses von 1984.

Bei derartigen Regelungen würde die jetzige Lage in ihr Gegenteil verkehrt: die Bundesanstalt müßte nur noch in Ausnahmefällen zahlen.

Verstärkt wird in der juristischen Diskussion darauf hingewiesen, daß eine solche Änderung einen Bruch des von der Bundesrepublik unterzeichneten Abkommens Nr. 102 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bedeuten würde; denn dieses Abkommen besagt eindeutig, daß die Verweigerung von Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene nur in wenigen Ausnahmefällen zulässig ist, keinesfalls aber die Regel sein darf, worauf alle Vorschläge Blüms und der Unternehmer abzielen.

In den taktischen Überlegungen der Gewerkschaftsführung spielt offensichtlich eine große Rolle, daß auch die CDU-Sozialausschüsse sich gegen die geplante Änderung des § 116 ausgesprochen haben und daß es darüber hinaus vereinzelte Stimmen aus der CDU gibt, die sich zumindest zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Gesetzesänderung aussprechen. Es muß daran erinnert werden, daß eine ähnliche Situation in der CDU schon des öfteren bestanden hat und die Sozialausschüsse in den meisten Fällen unter dem Druck des CDU-Wirtschaftsflügels in die Knie gegangen sind.

Der politisch sicher nicht unbedeutende Hinweis auf Widersprüche innerhalb der CDU in dieser Frage darf darum nicht dazu dienen, die Entfaltung des gewerkschaftlichen Widerstands zu schwächen.

Nach dem ersten Anlauf der Mobilisierung wird die Gewerkschaftsbewegung, wenn die Regierung nicht in letzter Minute unter dem Eindruck unbestreitbarer gewerkschaftlicher Mobilisierungserfolge noch einen Rückzieher macht, vor der Alternative „Kapitulation oder politischer Streik" stehen.

Die Aktionen, Versammlungen und Kundgebungen dieser Woche lassen kaum Zweifel daran, wie die Basis die Sache sieht: Für das Streikrecht muß gestreikt werden!

Proteststreik der SKF-Belegschaft in Stuttgart

### IG Metall Bochum zum §116

# Kämpferische Mitgliederversammlung

**Am Dienstag, 3. Dezember, lud die IG Metall Bochum zu einer Mitgliederversammlung in die Ruhrlandhalle in Bochum. Thema war die beabsichtigte Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz. Zum erstenmal wurden alle Mitglieder, und nicht nur Funktionnäre, geladen. Eine gute Sache — und einige tausend Mitglieder kamen am späten Dienstagnachmittag, obwohl in den beiden größten Bochumer Betrieben — Opel und Krupp — und in anderen Schicht gearbeitet wurde. Auch Vertreter und Gruppen aller anderen Einzelgewerkschaften und des DGB-Kreises Bochum waren in der Halle.**

Nach dem musikalischen Auftakt durch den Chor der IGM/Bochum wurden die Gäste vorgestellt, neben Franz Steinkühler vom Hauptvorstand der DGB-Kreisvorsitzende,der OB von Bochum und die SPD-Bundestagsabgeordneten (der Bochumer Grüne Bundestagsabgeordnete ist rausrotiert, die CDUler hatten gekniffen, der FDPler war wegen seiner reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Haltung natürlich gar nicht erst eingeladen worden).

Mit großem Beifall wurden auch zwei neue Bochumer Initiativen begrüßt. Zum einen die Initiative von Bochumer Universitätslehrern und Mitarbeitern, von Schauspielern, Künstlern und Pastoren, die eine große Zeitungsanzeige aufgegeben hatten. In dieser Anzeige (die die zweitgrößte Zeitung am Ort, die *Ruhr-Nachrichten* wegen „Polemik" nicht druckte) hatten sie unter der Überschrift „Streikrecht verteidigen — Demokratie sichern" einen Aufruf „Verteidigung des Streikrechts" veröffentlicht und auch zum Besuch der öffentlichen IGM-MV aufgerufen.

Die zweite Initiative besteht aus Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten aus Bochum. Die Juristen gegen die Änderung des § 116 wiesen in ihrem Grußwort an die Versammlung unter anderem auf die Widerrechtlichkeit der geplanten Gesetzesänderung hin, die sich unter anderem durch vertraglich abgesicherte internationale Verpflichtungen der Bundesrepublik (mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO) ergibt.



Während der Versammlung in Bochum. Die jugoslawische Kollegin am Rednerpult sagte sinngemäß: Wir zahlen in die Arbeitslosenversicherung, um Geld zu haben, wenn die Unternehmer uns keine Arbeit mehr geben. Wenn die Unternehmer uns bei der kalten Aussperrung keine Arbeit mehr geben und wir vom Arbeitsamt kein Geld bekommen, so ist das nichts anderes als Versicherungsbetrug.

Zu Beginn des Hauptteils der Versammlung sprachen zunächst zwei Betroffene — eine jugoslawische Kollegin von den Kabelwerken Reinshagen und ein Kollege von Opel — die im Frühsommer 1984 während des Kampfes um die 35-Stunden-Woche kalt ausgesperrt waren. In Bochum marschierten damals 6000 Opel-Arbeiter zum Arbeitsamt und protestierten gegen den Franke-Erlaß, der sie zum Sozialamt schicken sollte. In der Tradition dieser kämpferischen Tage wurde auch angekündigt: Wenn der § 116 geändert wird, stehen alle Räder still!

Nach den Grußworten der OBs und der SPD-MdBs (*„Bevor den Arbeitnehmern die stärkste Waffe aus der Hand genommen wird, nutzt sie!"* SPD-MdB K. Liedtke) sprach als Hauptredner der zweite Vorsitzende der IGM, Franz Steinkühler.

Sein Hauptreferat war wohl im wesentlichen dieselbe Rede, über die wir in wichtigen Punkten schon im Roten Morgen Nr. 48 (vom 29. November, Seite 5) berichtet haben. Nachzulesen im Bericht über die IGM-Funktionärskonferenz des Bezirks Essen in Oberhausen. Korrespondenz mit dem Titel „Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser Rede."

Die insgesamt sehr kämpferische, stimmungsvolle Veranstaltung war sicher ein guter Auftakt um auch in den Bochumer Betrieben die Kampffront herzustellen, die die Pläne des Kapitals und seiner Regierung verhindern kann.

### Hoesch-Vertrauensleute

# Aktionen beschlossen

**Vollversammlung der Hoesch-Vertrauensleute in Dortmund. Kurz nach 6.00 Uhr in der Früh beginnt sich der Fahrradschuppen der Westfalenhütte mit ca. 1000 Kolleginnen und Kollegen zu füllen. An der Wand zwei Transparente: „Unsere Stärke ist die Solidarität" und „Stahlarbeiter sind keine Almosenempfänger". Thema der Versammlung: Widerstand gegen die geplante Änderung des § 116.**

Bis zum Beginn der Versammlung blättert ein Großteil noch in den regionalen Tageszeitungen. Bilder von einer Arbeitsniederlegung bei Thyssen aus Protest gegen den geplanten Anschlag auf das Streikrecht auf den ersten Seiten.



Referent der Versammlung ist Lutz Dieckerhoff vom Vorstand der IG Metall. Er legt die gewerkschaftlichen Argumente gegen die geplante Änderung des § 116 dar, erläutert, warum das Streikrecht dadurch faktisch außer Kraft gesetzt wird, zieht Parallelen zur Entwicklung in der Weimarer Republik. Er kommt auf das Foto in der ‚metall' zu sprechen, auf die Losung „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten. Diese Regierung will sie ausbluten". Ein Kollege ruft dazwischen: „Das ist richtig".

Lutz Dieckerhoff fährt fort, er habe den Eindruck, daß die Mehrheit der Mitglieder diese Aussage durchaus teile. Der IGM-Vorstand habe sich nicht entschuldigt und referiert die Stellungnahme des IGM-Vorstandes, die eben doch eine Entschuldigung war.



Lutz Dieckerhoff spricht von einem „offenen Machtkampf gegen die Gewerkschaften". Es handele sich um einen Versuch der Unternehmer, Rache zu nehmen für die Vergangenheit und Ruhe zu schaffen für alle Zukunft."

Zu den Gesprächen in Bonn erklärte er, eine Einigung sei seiner Ansicht nach nicht möglich: „Wir müssen alle Hintergedanken auf einen Kompromiß aus unseren Köpfen verbannen."

Auf drei Ebenen müsse der Kampf, so Lutz Dieckerhoff, geführt werden: 1. müsse die Öffentlichkeit aufgeklärt werden, 2. müsse auf Parteien und Politiker eingewirkt werden und 3. sei das Entscheidende die Mobilisierung der Mitglieder bis hin zu „demonstrativen Arbeitsniederlegungen".

In der anschließenden Diskussion griffen alle Kollegen die geplante Änderung des § 116 scharf an. Mehrmals wurde darauf verwiesen, wie stark die konservative Thatcher-Regierung die Handlungsfähigkeit der britischen Gewerkschaften untergraben habe und daß wir eine solche Entwicklung nicht zulassen können.

Ein Kollege faßte die Folgen einer Änderung des § 116 so zusammen: „Dann geht's uns wie den englischen Bergarbeitern — die haben gehungert."

Alle Diskussionsredner verlangten Kampfmaßnahmen.

Nach einer Pause ging die Diskussion weiter und Hoesch-Chef Rohwedder geriet ins Blickfeld. Auf einer Betriebsrätekonferenz hatte er sich für eine Änderung des § 116 ausgesprochen.Die Versammlung beschloß, ihm den Standpunkt der Belegschaft zu verdeutlichen.

„Detlef, wir kommen". „Versteck Dich nicht, wir finden Dich!" Die Vertrauensleute zogen vor die Hauptverwaltung, eine dreiköpfige Delegation wurde zu Rohwedder geschickt. Sie brauchten 20 Minuten, um Rohwedder dazu zu bringen, vor den Kollegen Stellung zu beziehen. Gebracht hat's nicht viel. Rohwedder wand sich zwar, machte aber aus seiner Übereinstimmung mit dem Arbeitgeberverband keinen Hehl.

Die Belegschaft wird ihm weitere Denkanstöße liefern. Für Donnerstag dieser Woche beschlossen die Hoesch-Vertrauensleute als ersten Schritt eine ca. zweistündige Arbeitsniederlegung.



Vertrauensleute stellen Hoesch-Chef Rohwedder

## 12. DGB-Bundesjugendkonferenz

# Viel Streit, wenig geklärt

**Die 12. Bundesjugendkonferenz in Köln ging mit reichlich wenig Ergebnissen zu Ende. Die 140 Delegierten konnten wenig zur Klärung der Frage, warum es um die gewerkschaftliche Jugendarbeit vergleichsweise schlecht bestellt ist, beitragen. Das lag vor allem daran, daß insbesondere aus den Reihen der IG Chemie und der IG Bergbau und Energie und vom DGB-Bundesjugendsekretär Klaus Westermann der alte Streit über die Bündnispolitik wieder vom Zaun gebrochen wurde, obwohl sich längst herausgestellt hat, daß diese Debatten politisch so unfruchtbar sind wie taube Nüsse.**

Ausgangspunkt des Streites war ein Antrag aus den Reihen der HBV zu den Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Darauf bezog sich ein Änderungsantrag, der dafür eintrat, daß die Gewerkschaftsjugend von Fall zu Fall zur Durchsetzung ihrer Forderungen Bündnisse mit anderen Jugendorganisationen eingehen könne. Grundlage der Zusammenarbeit seien Beschlüsse und Positionen des DGB.

Eine Selbstverständlichkeit sollte man meinen. Für diesen Antrag machten sich vor allem Delegierte aus der IG Metall stark, während vor allem Vertreter der IG Bergbau & Energie und der IG Chemie dagegen auftraten. Ein dann abgelehnter Antrag aus den Reihen der IG-Chemie-Jugend forderte, daß auf Dauer angelegte Bündnisse abzulehnen seien.

Folgende Aussage von Ilse Brusis, im DGB-Bundesvorstand für Jugendarbeit zuständig, machte klar, worum es ging: Die Gewerkschaftsjugend stehe für Öffnung und Aufgeschlossenheit und damit für Zusammenarbeit und Vielfalt. Zusammenarbeit sei jedoch nicht gleichbedeutend mit einer bedingungslosen Bündnispolitik mit Kräften und Strömungen, die ihre eigene Schwäche unter dem wärmenden Dach einer gewerkschaftlich gestützten und geschützten Bündnispolitik verstecken wollten. Selbstverständlich werde die DGB-Jugend nicht mit Kräften zusammenarbeiten, die undemokratisch oder antigewerkschaftlich seien.

Daß diese Ausführungen auf die SDAJ abzielen, ist kein großes Geheimnis. Man mag zur SDAJ stehen, wie man will und wir stehen sicher nicht besonders freundlich zu ihr, aber es ist langweilig und penetrant, wie alle Jahre wieder versucht wird, die schlechte Jugendpolitik der Gewerkschaften damit zu erklären, daß der Einfluß der SDAJ in der Gewerkschaftsjugend größer ist als etwa der Einfluß der DKP in den Gewerkschaften.

Politisch blamierte sich Ilse Brusis allein schon mit der Behauptung, die Haltung der Gewerkschaftsjugend zur Friedensbewegung habe sich als richtig erwiesen.

Heuchlerisch, wie die Frage der Demokratie aufgeworfen wird. Stellvertretend sei der Kommentar in der „einheit", der Zeitung der IG Bergbau & Energie zitiert: „Wie hier die Mehrheit (IG Metall, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und andere) mit der Minderheit (IG Bau, IG Chemie, IG Bergbau und Energie) umging, muß bei der Auswertung der Konferenz intensiv diskutiert werden und Konsequenzen haben. Denn sonst ist der DGB des Jahres 2000 (eine Anspielung auf einen Ausspruch von Ernst Breit — D. Red.) gespalten und handlungsunfähig."

Und die „einheit" zitiert einen IGBE-Delegierten: „Die machen uns hier mit der Stimmkarte platt, ob wir gute Argumente haben oder nicht, ist denen piepegal."

Ausgerechnet die IGBE, in der Minderheiten des öfteren noch mit ganz anderen Mitteln als mit Stimmkarten platt gemacht wurden, fordert Minderheitenschutz. Das ganze Gezeter in Sachen Demokratie reduziert sich letztlich darauf, daß bei Abstimmungen Mehrheiten entscheiden.

Nun spielt es bei DGB-Konferenzen sicher eine Rolle, daß es nicht nur um einfache Delegiertenmehrheiten gehen kann, sondern daß es auch darum gehen muß, die Aktionseinheit aller Einzelgewerkschaften im Auge zu haben. Das gebietet einfach die politische Klugheit. Allerdings kann das ja nur gelten, wo es um politische Kampagnen, Forderungen usw. geht, für die man gemeinsam tätig werden will. Genau diese Diskussion wurde durch die unsinnige Debatte um die Bündnispolitik verhindert.

Außer dem ansonsten sehr allgemein gehaltenen Antrag zu den Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit wurde so nur noch ein Antrag des Hauptjugendausschusses der HBV zum Thema „Zukunft der Arbeit" beschlossen, der sich vor allem kritisch mit den Gefahren beim Einsatz neuer Technologien auseinandersetzt. Abgelehnt wurden Anträge aus den Reihen der IG Chemie und der IG Bergbau und Energie, in denen eine positivere Sichtweise der neuen Technologien angelegt war. Beschlossen wurde die Durchführung einer Tagung zum Thema neue Technologien.

Für die Behandlung von über 200 Anträgen blieb schließlich nur noch ein halber Tag übrig. Die Delegierten beschlossen die Vertagung der Konferenz; falls dies aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sollen die verbliebenen Anträge im Bundesjugendausschuß beraten werden. Dazu, so beschlossen die Delegierten, müßten per „Stimmenpaket" im Bundesjugendausschuß Mehrheitsverhältnisse hergestellt werden, die denen der Bundesjugendkonferenz entsprechen.

## DGB-Frauenkongreß in Ludwigshafen

# Auseinandersetzung um neue Technologien

Vom 14. bis 16.11.85 fand in Ludwigshafen die 11. Bundesfrauenkonferenz des DGB statt. 199 Delegierte hatten über 191 Anträge zu entscheiden. Besonders engagierte Diskussionen gab es vor allem um zwei Fragen: um die gewerkschaftliche Haltung zu den neuen Technologien und um den § 218.

Der Steit um die erste Frage entzündete sich an einem Antrag, der eine klare Haltung der Gewerkschaften **gegen** die neuen Techniken forderte als bisher üblich. Eine Delegierte: „Es gibt mittlerweile Technologien, zu denen wir nicht mehr „ja, aber" sagen können, sondern zu denen wir „nein" sagen müssen." Obwohl sich DGB-Vorsitzender Breit persönlich gegen die Annahme dieses Antrags in die Bresche warf, wurde er doch mehrheitlich verabschiedet. Unter anderem ruft der Antrag alle Gewerkschaftsmitglieder und die Bevölkerung auf, die neuen Informations- und Kommunikationstechniken, inclusive Kabelanschluß, zu verweigern. Außerdem beschloß die Bundesfrauenkonferenz, daß die Gewerkschaften das Verbot jeglicher elektronischer Heimarbeit fordern sollen.

Relativ knapp ging die Abstimmung um den § 218 aus. Mit 86 gegen 94 Stimmen bei 6 Enthaltungen stimmte die Konferenz für die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und für Einzelforderungen, die die geltende Praxis im Interesse der Frauen verbessern helfen sollen.

Die Konferenz forderte außerdem Frauenförderungspläne, die sowohl dafür sorgen sollen, daß Frauen endlich in den gewerkschaftlichen Führungsgremien stärker vertreten sind als auch ihre beruflichen Chancen verbessern sollen. Eine Quotierung bezüglich der Einstellung von Frauen bis zu 50 Prozent wurde von den Gewerkschafterinnen zwar beschlossen, aber nur für den Bereich der Gemeinwirtschaft.

Außerdem beschäftigte sich die Delegiertenkonferenz noch mit sehr vielen anderen Fragen. Vor allem bei den Themen § 116, Beschäftigungsförderungsgesetz und Bundeserziehungsgeldgesetz wurde dabei mit Kritik an der frauenfeindlichen Politik der Bonner Regierung nicht gespart.

# HDW-Hamburg verkauft

**Der Verkauf von HDW an Blohm & Voss wurde vom Aufsichtsrat nun doch besiegelt. Ganze 54 Millionen Mark soll die Thyssen-Werft Blohm & Voss für HDW hingeblättert haben.**

Die „TAZ" vom 30.11. berief sich auf „gut unterrichtete Kreise" und berichtete, beide Großwerften hätten einen Kooperationsvertrag zur Aufteilung der Rüstungsmilliarden im Kriegsschiffsbau abgeschlossen, um faktisch ein bundesdeutsches Marine-Monopol aufzubauen. Bestandteil dieses Vertrages soll die Aufteilung eines mehrere hundert Millionen Mark schweren Auftrages zum Bau von Fregatten für die portugiesische Kriegsmarine sein. Dafür hat Bonn bereits 394 Millionen Mark Rüstungshilfe bereitgestellt.

Thyssen soll sich bereit erklärt haben, wesentliche Aufträge im U-Bootbau von den Thyssen Nordsee-Werken abzuziehen und an HDW-Kiel abzutreten. Dafür soll Blohn & Voss Aufträge zum Bau von Überwasserschiffen erhalten.

Diese Fusion wird nach Befürchtungen der IG Metall in Hamburg über 1000 Arbeitsplätze vernichten. Inzwischen befürchtet aber auch der Betriebsrat der Thyssen Nordsee-Werke: „Es gibt Anzeichen dafür, daß nach den Wahlen die Bude dichtgemacht wird."




**HDW-Arbeiter demonstrieren für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze**

## Zum 1. Mal in der Geschichte des Einzelhandels

# Langer Samstag findet nicht statt



**„Hertie muß bleiben, wir wollen arbeiten", heißt es auf dem Transparent**

Um 14.00 Uhr wurden am letzten Samstag die Kunden der Hertie-Kaufhäuser in Dortmund, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel hinauskomplimentiert. Der lange Samstag fand nicht statt und auch an den kommenden Samstagen bis Weihnachten wird in diesen drei Hertie-Kaufhäusern um 14.00 Uhr das Weihnachtsgeschäft zu Ende sein.

Mit dieser bisher einmaligen Aktion in der Geschichte des Einzelhandels protestierten die Belegschaften gegen die nunmehr zum 31.3. geplante Schließung der Kaufhäuser. Die drei Betriebsräte hatten den Geschäftsleitungen die — notwendige — Zustimmung für die Mehrarbeit an den Samstagen vor Weihnachten verweigert.

Bei Hertie in Dortmund fand nach Schließung des Kaufhauses eine gewerkschaftliche Protestversammlung statt, an der sich rund 100 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. (Hertie in Dortmund hat ca. 400 Beschäftigte.) Die Stimmung in der Versammlung war eindeutig: der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze soll weitergeführt werden. Bestärkt wurden die Kolleginnen und Kollegen in dieser Haltung auch durch eine ehemalige Betriebsrätin der „Kaufhalle", die im Sommer dieses Jahres dichtgemacht wurde. Die Kollegin: „Weil wir stillhielten und uns vertrösten ließen, gelang es der Unternehmensleitung, den Betrieb sang- und klanglos zu schließen."

Im Anschluß an die Gewerkschaftsversammlung zogen die Beschäftigten von Hertie mit einem Fackelzug durch die Dortmunder Innenstadt (siehe Foto).

Bei den Kunden von Hertie blieb die — vielleicht von der Geschäftsleitung erhoffte — Empörung über diese Kampfmaßnahme für den Erhalt der Arbeitsplätze aus. Die meisten zeigten Verständnis. Dazu trugen sicher auch die Flugblätter bei, die die HBV vor den Kaufhäusern verteilte. In Dortmund erhielt sie dabei übrigens die Unterstützung von einigen Grauen Panthern.

## Geldbuße für Parlamentsstörung

1000 Mark Geldbuße wurde gegen Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon verhängt wegen Störung eines Gesetzgebungsorgans (§ 106). Eine Kollegin aus Dortmund wurde zu 400 Mark Geldbuße verurteilt. Ein Kollege von Mannesmann hatte bereits einen Strafbefehl über 1000 Mark wirksam werden lassen. Für einen weiteren Kollegen von Mannesmann steht die Verhandlung noch aus. Ihm droht ebenfalls ein Bußgeld in Höhe von 1000 Mark. Die Kollegin und die drei Kollegen hatten während der dritten Lesung des Beschäftigungsförderungsgesetzes im Bundestag ein Transparent entfaltet mit der Aufschrift „Beschäftigungsförderungsgesetz = Entlassungsförderungsgesetz".

**Ausländerpolitische Konferenz „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche"**

# Für Niederlassungsrecht und Wahlrecht für Ausländer

**Am vorletzten Wochenende fand in Frankfurt eine ausländerpolitische Konferenz des „Frankfurter Appells" statt.**

**Am Samstag diskutierten rund 200 Menschen in sieben Arbeitsgruppen über Erfahrungen mit den Ausländerbeiräten, über das Für und Wider der Forderung nach einer doppelten Staatsbürgerschaft für Ausländer, über den Stellenwert des Kampfes für kommunales Wahlrecht, über ein Niederlassungsrecht für Ausländer und die verschiedenen politischen Vorstellungen, die dazu bisher existieren, über die besonderen Probleme der ausländischen Frauen, über die Pläne, das geltende Asylrecht noch weiter einzuschränken und über das Thema Gewerkschaften und Ausländerpolitik.**

**Am Sonntag beteiligten sich rund 100 Menschen im Rahmen eines Plenums an der Diskussion über die Perspektiven des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit. Obwohl zu verschiedenen Fragen durchaus unterschiedliche Meinungen bestanden, einigten sich die Anwesenden doch mehrheitlich — mit wenigen Enthaltungen — auf den untenstehend abgedruckten Aktionsvorschlag, der vor allem die Notwendigkeit einer politischen Offensive für ein Niederlassungsrecht und für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer betont.**




# Aktionsvorschlag

**beraten und beschlossen von der Ausländerpolitischen Konferenz am 24.11.85 in Frankfurt**

Die ausländerpolitische Konferenz des *Frankfurter Appells* **„Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche"** Vom 23. und 24.11.85 stellt fest, daß die tägliche rassistische Diskriminierung der ausländischen Einwanderer und Einwanderinnen wächst. Es liegt im Interesse von Unternehmen und Regierung, die Unzufriedenheit der breiten Massen mit ihrer Lage auf einen „Sündenbock" abzuwälzen. Der Rassismus wird auch geschürt durch ständig neue Pläne zur Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts. Ausländerfeindlichkeit ist in erster Linie Arbeiterfeindlichkeit.

Wir wollen den Kampf gegen Rassismus verbinden mit einer bundesweiten Bewegung für gleiche Rechte. Wir wissen, daß gleiche Rechte den Rassismus nicht beseitigen, aber die Bedingungen des Kampfes dagegen verbessern. Unsere Hauptforderung, „Ausländer/innen und Deutsche — gleiche Rechte!", hat sich hergestellt aus einem gemeinsamen Grundverständnis, nach dem wir auch die bereits heute existierende Ausländergesetzgebung (und erst recht ihre Verschärfung) als Sondergesetze gegen einen bestimmten Teil der hier lebenden Bevölkerung erkennen und ablehnen! Wir begründen unsere Ablehnung damit, daß wir erkannt haben, daß diese Sondergesetzgebung als ein staatliches Instrument für Teile-und-herrsche-Politik gebraucht wird, die letztlich uns alle trifft.

Dem Begriff der Integration, verstanden als ein Zwang zu rechtloser kultureller Angleichung und Unterordnung, stellen wir eine Politik entgegen, die die Identität der ausländischen Bevölkerung auf Grundlage gleicher Bürgerrechte achtet, begrüßt und akzeptiert! Hauptbestandteil einer Bewegung muß sein, daß wir als Ausländer/innen und Deutsche den Kampf für eine rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der ausländischen Bevölkerung als eine notwendige Auseinandersetzung zum Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte insgesamt verstehen. Ausgrenzungsversuche gegen die ausländische Bevölkerung sind für uns Bestandteile ein und derselben Politik, die sich auch gegen Frauen, Arbeitslose, Jugendliche, Alte, Arme, Gewerkschaften usw. richtet. Gleichzeitig müssen wir aber, indem wir für unser gemeinsames Interesse eintreten, auch selbst lernen, miteinander zu leben und uns als Deutsche und Ausländer/innen in unserer Andersartigkeit und Vielfalt zu begegnen. Dies wäre ein Zeichen für die Lebendigkeit einer wirklichen Emanzipationsbewegung. Vollständige Gleichberechtigung kann nicht alleine mit einzelnen Reformen wie z.B. dem kommunalen Wahlrecht verwirklicht werden. Deshalb setzen wir uns für eine verstärkte Diskussion folgender perspektivischer Forderung ein: Automatische Zuerkennung der BRD-Staatsbürgerschaft an alle Einwanderer und Einwanderinnen nach einer kurzen Dauer des Aufenthalts. Dieses muß verbunden sein mit der Möglichkeit, die ursprüngliche Staatsbürgerschaft beizubehalten.

Insbesondere im Zusammenhang mit der **Bundestagswahl 1987** schlägt der *Frankfurter Appell* für das Jahr 86 folgende Arbeitsschwerpunkte vor:

1. Der *Frankfurter Appell* tritt verstärkt ein, für ein Niederlassungsrecht von Einwanderern und Einwanderinnen, das das Wahlrecht auf allen Ebenen einschließt. Wir unterstützen ein Niederlassungsrecht, in dem die Niederlassungsberechtigung ohne Antrag von Amtswegen erteilt wird, und daß das selbständige Aufenthaltsrecht für Immigrantinnen und Jugendliche einschließt.

Der *Frankfurter Appell* will für den Herbst 1986 zu bundesweiten Aktionen für ein Niederlassungsrecht mobilisieren und schlägt allen in der Ausländerpolitik aktiven Initiativen, Verbänden, Organisationen und Parteien die gemeinsame und solidarische Diskussion über entsprechende Möglichkeiten vor. Zur Vorbereitung zentraler Aktionen im Herbst sollte im Frühjahr 1986 eine entsprechende **Aktionskonferenz** durchgeführt werden. Im Frühjahr und Sommer 1986 sollten die dem *Frankfurter Appell* verbundenen Initiativen und Organisationen nach ihren Möglichkeiten Aktivitäten unternehmen, um unsere Vorstellung und die Notwendigkeit eines Niederlassungsrechts bekannter zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Vielzahl der Initaitiven, die sich für die Ausweitung der Rechte der Immigrantinnen und Immigranten einsetzen, zu einer gemeinsamen Anstrengung für eine spürbare Verbesserung der Rechtsstellung der Einwanderer zusammengefaßt werden müssen.

2. Die Konferenz ruft dazu auf, alle Bestrebungen zur Einführung des **Kommunalen Wahlrechts** in einzelnen Bundesländern zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, daß in den Bundesländern, in denen 1986 Kommunal- oder Landtagswahlen abgehalten werden, Kampagnen zur Durchsetzung des Kommunalen Wahlrechts für Einwanderer/innen stattfinden. Wir sprechen uns für die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer aus, nicht nur die aus den EG-Staaten. Wir verstehen das kommunale Wahlrecht nicht als Endpunkt der politischen Rechte, sondern als einen ersten Schritt, der auf Landesebene durchsetzbar ist. Die Verweigerung demokratischer Rechte, zu denen wir auch das Wahlrecht zum Bundestag, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung zählen, schwächt das politische Gewicht der Arbeiterschaft in der BRD. Sie richtet sich vor allem gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch nur in einigen Bundesländern wäre ein offensiver Schritt gegen reaktionäre und faschistische Kräfte, die den Ausländern sogar das Recht auf politische Betätigung nehmen wollen. Es wäre eine Ermutigung den Kampf für die völlige Gleichberechtigung zu führen. Es wäre falsch, **Ausländerbeiräte** und das Kommunale Wahlrecht gegeneinander auszuspielen. Die Erfahrung zeigt, daß direkt gewählte Ausländerbeiräte zu den Kräften gehören, die von Anfang an auch das Kommunale Wahlrecht eingefordert haben. Der *Frankfurter Appell* setzt sich für demokratisch gewählte Ausländerbeiräte ein, weil es angesichts der bestehenden Rechtlosigkeit und Unterdrückung von Einwanderern und Einwanderinnen gilt, jede Chance zu nutzen, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Der *Frankfurter Appell* setzt sich für die weitestgehende Ausgestaltung der Ausländerbeiräte ein.

3. **Ausländische Frauen** sind in dreifacher Hinsicht unterdrückt — soweit sie erwerbstätig sind als Lohnabhängige und als Frauen. In letzterer Hinsicht sind deutsche und ausländische Frauen gemeinsam betroffen. Es gilt deshalb den wirklichen Austausch und die gleichberechtigte Zusammenarbeit im Kampf gegen Frauenunterdrükkung von der Ausnahme zur Regel zu machen. Wichtiger Bestandteil dieser Zusammenarbeit muß der Kampf gegen die Reduzierung von Frauen und Mädchen auf „Familienangehörige" sein; das heißt für die Durchsetzung eines eigenständigen und unabhängigen Aufenthaltsbzw. Niederlassungsrechts für ausländische Frauen. Die Konferenz ruft dazu auf, daß insbesondere die Frauenbewegung, Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit sowie ausländische und deutsche Organisationen die Belange von Frauen insgesamt — und die spezifische Diskriminierung von Ausländerinnen — aufgreifen, sich damit auseinandersetzen und der Selbstorganisation von Frauen jede nur mögliche Unterstützung zu geben bzw. sie selbst zu beginnen.

4. Die Konferenz ruft ferner dazu auf, daß die Bewegung gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik sich verstärkt gegen die derzeitige **Asylpraxis** und erst recht gegen einen weiteren Abbau des **Asylrechts** einschaltet. Wir rufen dazu auf, diesen Kampf überall in die Arbeit miteinzubeziehen. Das Ziel dieses Kampfes muß es sein, die uneingeschränkte Geltung des Rechts auf Asyl zu gewährleisten. Die Einteilung in politische Flüchtlinge auf der einen und wirtschaftliche Flüchtlinge auf der anderen Seite ist rein ideologisch motiviert. In der Praxis zeigt sich dies darin, daß die Beurteilung als „Wirtschaftsflüchtling" ausschließlich auf Flüchtlinge aus Staaten des westlichen Systems angewandt wird. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um die Probleme politischer Flüchtlinge bekanntzumachen und für ihre Interessen einzutreten. Nur in Verbindung beider Bereiche kann die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit, für gleiche Reche den Charakter einer antirassistischen Bürgerrechtsbewegung erhalten.

5. Die Konferenz hält es für sehr wichtig, daß innerhalb der DGB-Gewerkschaften, der größten Massenorganisation ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, *die* Kräfte stärker werden, die sich für die uneingeschränkte Gleichstellung, insbesondere die politische Gleichstellung aussprechen und auch dafür mobilisieren. Darum fordern wir dazu auf, die Kampagne von **„ran" — „Mach meinen Kumpel nicht an"** — aktiv zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Verbreiterung der Unterstützung der Forderung nach gleichen Rechten zu leisten.

## Spenden

**Zur Finanzierung unserer Vorhaben sind wir immer auf Spenden angewiesen. Aber nicht nur diese Aktion in 1986 wird Geld verschlingen, wir haben auch noch schwer an der Last des Defizits aus dem Marsch zu tragen. Noch über 10000,— DM Schulden liegen uns mehr als nur schwer auf dem Magen: es kostet uns schlaflose Nächte!**

**Bitte spendet auf folgendes Konto: F. Mühleisen, Stadtsparkasse Frankfurt. BLZ 500 501 02, Konto: 106-059 009. Dank den Spendern. Das KO-Büro.**

## Meldungen

### W18 beschlossen

Gegen die Stimmen der SPD-regierten Länder hat der Bundesrat am Freitag letzter Woche die Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate befürwortet. Gleichzeitig billigte der Bundesrat auch die Verlängerung des Zivildienstes von 20 auf 24 Monate. Die Verlängerung bei Wehr- und Zivildienst soll am 1.7.1989 in Kraft treten.

### NPD-Parteitag

Unter strengster Geheimhaltung fand in Bremen am 23./24.11. der Landesparteitag der NPD statt. Die Bremer Antifaschisten bekamen aber Wind von der Sache. Rund 500 Menschen demonstrierten am 23.11. gegen den Parteitag der Neonazis.

### Teure Demokratie

Der Bundesrat hat jetzt ein Gesetz gebilligt, nach dem künftig Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht, die als „offensichtlich" unbegründet zurückgewiesen werden mit 1000 Mark und Verfassungsbeschwerden, die offenkundig „mißbräuchlich" sind, mit 5000 Mark bezahlt werden müssen.

## „Kongreß der Deutschen Konservativen" in Hamburg

# Brutaler Polizeieinsatz gegen Demonstranten



Am Wochenende führte die „Konservative Aktion" in Hamburg ihren „Kongreß der Deutschen Konservativen" durch. Themen unter anderem: „Ausländer und Abtreibung, Untergang der Deutschen Nation?" (das Motto einer Podiumsdiskussion), „Freiheit für Rudolf Heß" (das Thema einer Veranstaltung am Samstag abend, u.a. mit einem Videofilm von Golo Mann und einem Referat des Heß-Verteidigers Alfred Seid, früher Innenminister in Bayern) sowie die Gründung einer konservativen, vierten, Partei. Zur Vorbereitung dieser vierten Partei wurde auf dem Kongreß eine Arbeitsgruppe gebildet. Ein „konservatives Manifest" als politische Plattform im Hinblick auf diese neue Partei wurde verabschiedet.

Die Hamburger Polizei hatte getan, was in ihren Kräften stand, um den rechtsradikalen von der „Konservativen Aktion" einen ruhigen Kongreß-Ablauf zu sichern. Alle Zufahrtsstraßen zum Hamburger Kongreß-Gebäude waren mit Containern und Absperrgittern abgeriegelt worden. Rund 1000 Polizisten waren aufgeboten.

Samstag mittag, zum offiziellen Kongreß-Beginn hatten sich rund 2000 Demonstranten versammelt, die vor den Polizeisperren Ketten bildeten und die „Konservativen" sozusagen zum Spießrutenlaufen zwangen. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, als ein 78jähriger Oberstleutnant a.D. nach erregten Diskussionen mit Demonstranten hinter der Polizeisperre zusammenbrach und kurz darauf an Herzversagen starb. Eine halbe Stunde später räumte die Polizei in einem brutalen Einsatz die Straße. Acht Demonstranten wurden festgenommen, es gab zahlreiche Verletzte.

Am späten Nachmittag bildete sich dann spontan eine Demonstration, die durch die Hamburger Innenstadt zog. Abends, als die „Konservativen" an der Alster ein Feuerwerk abbrannten, kam es erneut zu Polizeieinsätzen gegen Gegendemonstranten.

# Urteil gegen NPD

Mitte November hat die VII. Kammer des Verwaltungsgerichts in Frankfurt entschieden, daß Städte und Gemeinden **nicht** verpflichtet sind, der NPD Räume in städtischen Gebäuden zur Verfügung zu stellen. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß die NPD keine Partei wie alle anderen sei, sondern vielmehr „gewichtige Anhaltspunkte für die Zuordnung der NPD zum Nationalsozialismus" bestünden. In der Gerichtsentscheidung vom 14.11. heißt es wörtlich, es sei „nicht unwahrscheinlich, daß die NPD nationalsozialistische Bestrebungen wiederbelebt und ihre Aktivitäten deshalb durch Rechtsvorschriften zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus verboten sind." (Gemeint sind damit der Artikel 139 GG und das Kontrollratsgesetz Nr. 5 vom 4.11.1945)

Dieses Urteil ist nicht nur wichtig für Auseinandersetzungen um die Vergabe von städtischen Räumen in anderen Städten, sondern könnte auch Auswirkungen für die Frage eines Verbots der NPD haben.

# Landtag FAP-Verbot

Der Landtag von NRW hat sich kürzlich für das Verbot der FAP ausgesprochen. Der von der Fraktion der SPD eingebrachte und beschlossene Antrag lautet:

„Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß vierzig Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtssystems in unserem Land Gruppen und Einzelpersonen unter dem Deckmantel einer ‚Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' mit eindeutig nazistischen Parolen an die Öffentlichkeit treten und vor Gewalthandlungen nicht zurückschrecken. Dieses Auftreten ist geeignet, das friedliche Zusammenleben der Bürger empfindlich zu stören; es stellt zugleich einen Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates dar.

Der Landtag geht davon aus, daß die Landesregierung wie bisher alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um Verstöße gegen Verfassung und Recht radikaler Gruppen und Personen strafrechtlich und polizeilich zu verfolgen.

Der Landtag ersucht die Landesregierung, die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot mit dem Ziel zu prüfen, eine Entscheidung des Bundesrates herbeizuführen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Entscheidung zu stellen, ob die ‚Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei — FAP' verfassungswidrig ist (Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes)."

Dieser Beschluß des Landtages geht zurück auf eine Protestaktion gegen die Eröffnung eines FAP-Bundesbüros in Dortmund im August dieses Jahres. Bei der Protestaktion, an der sich auch mehrere hundert Hoesch-Arbeiter beteiligt hatten, hatte der Landtagsabgeordnete Bodo Champignon zugesagt, sich in seiner Fraktion für das Zustandekommen einer Entschließung für das Verbot der FAP einzusetzen (siehe auch nebenstehenden Kommentar).

# Bundeskongreß der Volksfront

Am Wochenende fand in Hannover der Bundeskongreß der Volksfront statt. 63 Delegierte vertraten 450 bis 600 Mitglieder (präzise Zahlen über den Mitgliederstand lagen dem Kongreß nicht vor).

Der Kongreß beschloß die Fortsetzung der Kampagne für das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen. Neben Maßnahmen, die die örtliche Mobilisierung gegen faschistische Aktivitäten erleichtern sollen und Materialien für die Auseinandersetzung mit den Stadtverwaltungen (Räume, Stände usw. für faschistische Organisationen) wurden vor allem zwei inhaltliche Schwerpunkte für die Fortsetzung der Kampagne festgelegt: 1. die Vertiefung der Kritik des Programms der NPD, weil die Mehrheit des Kongresses der Auffassung war, daß dies der Hauptansatzpunkt für eine Verbreiterung der Bewegung für ein Verbot der NPD ist; 2. die Festlegung darauf, daß die NPD und die anderen faschistischen Organisationen gemäß Artikel 139 GG aufgelöst und verboten werden müssen, weil die Mehrheit des Kongresses der Auffassung war, daß nur ein solches Verbot einen politischen Fortschritt bedeuten würde.

Ein Initiativantrag auf dem Kongreß, der in diesem Zusammenhang eine Unterstützung der Volksfront für die laufenden Aktivitäten für das Verbot der FAP forderte und dabei auch die Forderung des Landtages von NRW, die FAP nach Artikel 21 GG durch das Bundesverfassungsgericht zu verbieten, begrüßte, wurde abgelehnt. Angenommen wurde stattdessen ein Antrag, der die Landesleitung NRW der Volksfront beauftragt, zusammen mit in dieser Frage aktiven Volksfrontmitgliedern einen Vorschlag auszuarbeiten, wie die Volksfront die Bewegung für ein Verbot bzw. die Auflösung der FAP unterstützt. Die Ablehnung eines Verbots der FAP nach Artikel 21 GG (Verfassungswidrigkeit der Partei) wurde u.a. damit begründet, daß ein solcher Verbotsprozeß sehr leicht zum Bumerang für linke und revolutionäre Kräfte werden könnte. Außerdem wurde vor einem „zu starken" Engagement in Sachen FAP-Verbot auch mit dem Argument gewarnt, daß eine Bewegung für das Verbot einer Partei, deren neonazistischer Charakter relativ unumstritten ist, sehr leicht zu einem Ablenkungsmanöver in bezug auf den Kampf gegen die NPD werden könnte.

Die Volksfront plant, im ersten Halbjahr '86 eine Arbeitskonferenz gemeinsam mit anderen antifaschistischen Organisationen über die Frage durchzuführen, wie ein Verbot der NPD auf der Grundlage des Artikels 139 GG durchgesetzt werden könnte. Weiterhin soll auf der Konferenz beraten werden, wie den Wahlkampfauftritten der NPD am besten zu begegnen ist.

Breiten Raum nahm auf dem Kongreß eine — über weite Strecken kontrovers geführte — Diskussion über den Prozeß der reaktionären Formierung, über die politische Einschätzung des Widerstandspotentials (z.B. auch: Rolle der SPD und der Gewerkschaften dabei) sowie über die aktuellen Aufgaben, die sich im Kampf gegen die Reaktion heute stellen. Eventuell wird auch über diese Fragen eine Arbeitskonferenz durchgeführt werden.

Zum Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit lag eine Resolution vor, die den Standpunkt der Volksfront — für eine vollständige wirtschaftliche, soziale und politische Gleichstellung der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer — bekräftigte. Die Resolution wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen. Leider konnte sich der Kongreß zu einer Unterstützung der 'ran-Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an" aber nicht durchringen. Über diese Kampagne gab es auch praktisch keine Diskussion.

Über die Friedenspolitik der Volksfront konnte aus Zeitgründen nicht ausführlicher diskutiert werden. Vorliegende Materialien wurden an den Vorstand verwiesen bzw. an eine Arbeitsgruppe zum Thema, die auf dem Kongreß gebildet wurde. Als neue Arbeitsgruppe wurde mit Mehrheitsbeschluß eine AG „Politisches Strafrecht, Terrorismusbekämpfung' und innerstaatliche Feindbekämpfung in der BRD" eingerichtet.

Zu einem Eklat auf dem Kongreß geriet die Beratung eines Antrages zur Unterstützung des Betriebsratsvorsitzenden Törk Hansen, der wegen seines Engagements für die Volksfront aus der IG Metall ausgeschlossen wurde und gegen diesen Ausschluß gegenwärtig auf dem Gerichtswege klagt. Die Mehrheit des Kongresses unterstützte zwar die Teile des Antrags, die sich allgemein gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften wenden, lehnte aber eine Unterstützung der Klage von Törk Hansen ausdrücklich ab. Grundtenor der Begründung: Linke wenden sich grundsätzlich nicht an bürgerliche Gerichte, um ihre Rechte durchzusetzen. Einer der Delegierten verstieg sich sogar zu der Bemerkung, daß es sich bei dieser Klage um einen „bourgeoisen Schritt" handele.

Der Kongreß wählte einen 16köpfigen Vorstand, darunter vier Mitglieder des alten Vorstandes. Die bisherige Bundesgeschäftsstelle der Volksfront in Aachen mußte aus verschiedenen Gründen aufgegeben werden. Die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront hat ihren Sitz jetzt in Köln, Kamekestr. 19.

## Nicaragua aktuell:

Die Situation in Nicaragua nach der Verhängung des Ausnahmezustands bewegt die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Im „Roten Morgen" haben wir in der Ausgabe Nr. 44 (vom 1. November, Seite 9) eine erste Einschätzung geschrieben und die Stellungnahme der MAP-ML telefonisch eingeholt, die der Verhängung des Ausnahmezustands sehr kritisch gegenübersteht. In der letzten Ausgabe des RM (Nr. 48 vom 29. November, S. 9) druckten wir Auszüge einer längeren Stellungnahme der marxistisch-leninistischen Partei Nicaraguas ab. Hier nun ein Bericht aus Nicaraua, der den Alltag beschreibt. Er ist von einer Gruppe deutscher Brigadisten verfaßt, die im Norden Nicaraguas, im Pantasma-Tal arbeiten. Dieser Zwischenbericht über ihren Aufenthalt enthält auch Ausführungen über den verhängten Ausnahmezustand.

# Eine Arbeitsbrigade berichtet

## Loma Alta

Loma Alta ist ein Bergdorf im Norden Nicaraguas, am Südrand des Pantasmatales, in ca. 1000 m Höhe gelegen und besteht aus ca. 20 Häusern, einer Schule, einem Versammlungshaus; einer Kaffeewaschanlage und einem FSLN-Büro. Das Dorf wird von 14 Familien mit insgesamt 105 Menschen bewohnt.

Loma Alta wurde vor ca. einem Jahr von Arbeitsbrigaden für eine Cooperative gebaut, die sich nach einem Angriff von ca. 500 Contras auf ihre damals bestehende Ansiedlung in El Ventaron (ca. 10 km weiter nördlich) unter Zurücklassung eines Toten hierher zurückziehen mußten. Eine Notlösung, da die Situation in El Ventaron sowohl von den Anbau- als auch von den Lebensbedingungen wesentlich besser war, nicht zuletzt, weil die Leute hier gerde mit dem ankamen, was sie auf dem Leib trugen.

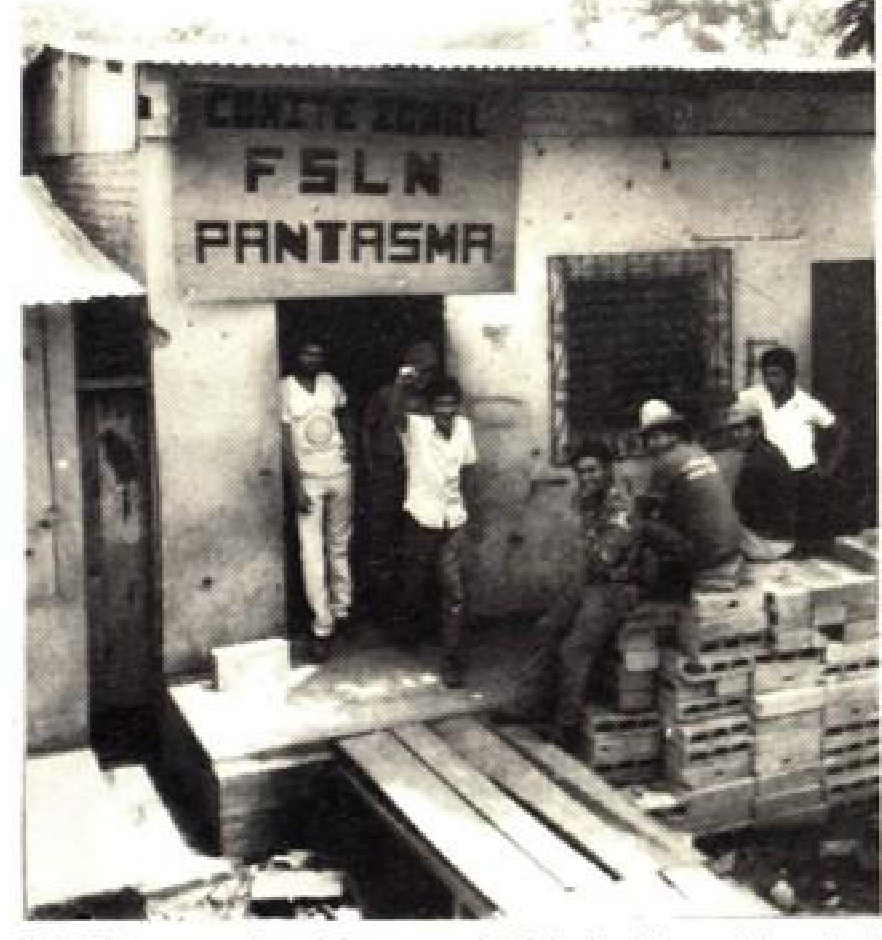
Die COOP Loma Alta ist eine „Cooperativa Autodefensa Sandinista", eine Selbstverteidigungskooperative. Das bedeutet, daß die Bauern, die sich hier zusammengeschlossen haben, die Errungenschaften, die ihnen die Revolution brachte, mit der Waffe in der Hand selbst verteidigen. Ein großer Schritt, wenn man bedenkt, daß sich früher der größte Teil von ihnen, landlos, als Saisonarbeiter auf den Plantagen der Großgrundbesitzer verdingen mußte.

Um die Cooperative herum wird Kaffee angebaut, im Tal werden die Grundnahrungsmittel, Mais und Bohnen, gemeinsam bewirtschaftet.



Kinder im Dorf

Hier ein leider alltäglicher, notwendiger Gebrauchsgegenstand: das Gewehr




Die Fotos aus dem Pantasma-Tal sind während des Aufenthaltes einer früheren Brigade dort gemacht worden. Sie sind nicht direkt aus Lomo Alta. Hier das Frente-Büro des Tals.

## Projektbeschreibung

Die Wasserversorgung ist für Loma Alta ein großes Problem, da die naheliegendste Quelle schlechtes Wasser führt. Deshalb haben die meisten Menschen hier Würmer und andere Parasiten. Quellen mit besserem Wasser liegen 500 m oder auch weiter entfernt. Dazu kommt, daß die Leute hier kaum über Transportbehälter, geschweige denn Kanister, verfügen.

So wird eine ca. 500 m entfernte Quelle mit einem Sammelbehälter eingefaßt, das Wasser aus diesem durch eine Leitung in einen Wasserbehälter gepumpt, der auf einer Anhöhe innerhalb des Dorfes stehen soll. Von dort aus wird es dann zu drei Zapfstellen innerhalb des Dorfes geleitet.

Die Aufgabe der Ulmer Brigade liegt in der Fertigstellung des Wasserspeichers (8 x 2,50 x 2,20 m) auf der Anhöhe. Dabei haben wir eine Reihe von Problemen zu bewältigen, z.B. müssen wir ca. 50 Tonnen an Sand, Steinen, Zement und Wasser zu Fuß den Berg hinauftragen. Auch fehlt, trotz guter Zusammenarbeit mit dem Bauministerium, öferts Baumaterial; wenn man mal von Krankheitsausfällen und tropischen Regengüssen absieht. Trotz allledem ist die Arbeit bisher sehr gut vorangeschritten, so müssen nach 3 1/2 Arbeitswochen nur noch ca. 50 cm von ursprünglich 2,20 m hochbetoniert werden. Anschließend muß noch eine Betondecke gegossen werden. Das einzige technische Hilfsmittel ist eine defektanfällige Betonmischmaschine.

## Anmerkungen zum Ausnahmezustand

Der „Estado de Emergencia" besteht seit dem März 1982 und wurde am 15. Oktober lediglich wieder verlängert, wobei vier, vor den Wahlen im Sommer 1984 wieder in Kraft gesetzte Artikel (Streikrecht, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit), wieder aufgehoben wurden.

Da die Contra mit offener militärischer Aggression kaum noch Chancen hat, versucht sie verstärkt eine „innere Front" aufzubauen. Mit Sabotageakten, Anschlägen, Entführungen und der Ermordung von Funktionsträgern soll der wirtschaftliche Aufbau des Landes gestört werden. Dazu kommt dann noch die Wirtschaftsblockade der USA. Hierbei wird die Contra von einem Teil der katholischen „Amtskirche" (Im krassen Gegensatz zur aufstrebenden „Befreiungskirche") unterstützt. Auch andere Gruppierungen wie die COSEP (Unternehmerverband) beteiligen sich daran. Man muß sich verdeutlichen, was es heißt, wenn der Unternehmerverband die Arbeiter zum Streik aufruf um die Wirtschaft lahmzulegen. Und das in einer Situation mit ca. 1,5 Mrd. Kriegsschäden, 11900 Toten und 5000 Kriegsverletzten.

Auch sind die Erfolge des Ausnahmezustandes offenkundig: So wurde am 19.10.85 in Matagalpa ein für die Contra arbeitendes Kuriersystem aufgedeckt und 129 Leute nach klarer Beweislage verhaftet. Fünf Männer wurden in Managua mit über 30 kg Sprengstoff festgenommen, womit geplante Anschläge auf den Flughafen, Elektrizitätswerk und die Büros von Air Cubana und Aeroflot verhindert werden konnten.

Nach unseren Beobachtungen läuft das öffentliche Leben normal weiter, Veranstaltungen, sogar Oppositionskundgebungen verlaufen ungestört, die Oppositionszeitung „La Prensa" erscheint weiter — auch sind keine Einschränkungen im Reiseverkehr zu bemerken. Bemerkenswert ist ferner, daß hier im Tal Leute bekannt sind, von denen jedermann weiß, daß sie für die Contra arbeiten, die aber mangels Beweisen immer noch auf freiem Fuß sind.

Die schlechte Vorbereitung der Bevölkerung auf die fällige Verlängerung des Ausnahmezustands wird jetzt mit Informationsveranstaltungen auch in der kleinsten Kooperative nachgeholt, wobei ausdrücklich betont wird, daß sich der Ausnahmezustand nicht gegen die Bevölkerung richtet, sondern daß er den Bauern in den Kriegsgebieten erst eine Arbeit in Frieden gewährleistet. Dieses Jahr wird wieder in Gebieten Kaffee geerntet, in denen das vormals wegen der militärischen Lage nicht möglich war.





Für ihre Zukunft wird hier gekämpft und gearbeitet.

## Die Contra in unserer Region (Region VI)

Am 25.10.85 wurden in El Chile, ca 15 km nördlich von Loma Alta 17 Campesinos entführt — bisher wurden drei Leichen, darunter eine Frau gefunden.

Ein Beispiel mehr, für die Strategie der Contra, Angst und Entsetzen zu verbreiten, Arbeitskräfte zu ermorden, mit dem Ziel, die bevorstehende Kaffee-Ernte, die überlebenswichtig für die Wirtschaft Nicaraguas ist, zu behindern. Weitere bevorzugte Angriffziele sind Gesundheitsposten und Schulen sowie Funktionsträger jeder Art. (Lehrer, Ärzte, Mitarbeiter der Agrarreform und der Frente) Im letzten Jahr wurden im Pantasmatal insgesamt 20 Kinder auf dem Schulweg getötet, entführt oder verletzt. Für viele Menschen im Tal ist es deshalb unmöglich, ihr Recht auf Bildung und die gerade hier bitter nötige ärztliche Versorgung wahrzunehmen. Der Aufbau einer Infrastruktur wird damit erheblich behindert und in einigen Landstrichen unmöglich gemacht.

Mit diesen Ereignissen vor Augen erkennen wir, was die Contra wirklich ist: Von den USA finanzierte Söldnerbanden, die entführte Bauern mit Morddrohungen zwingen, sich an ihren Greueltaten zu beteiligen, mit dem einzigen Ziel des Terrors und der Zerstörung.

Wir denken, mit den Idealen einer für die Freiheit kämpfenden Rebellenarmee haben die oben erwähnten Beispiele — ohnehin nur Auszüge der Ereignisse in letzter Zeit — wenig zu tun.

Mit der bevorstehenden Kaffee-Ernte verschärft sich auch die Lage in unserer Umgebung. Im Unkreis von 5 bis 10 km wurden größere Contra-Verbände ausgemacht. Übergriffe, wie in El Chile, und Zusammenstöße mit der Armee häufen sich. Gestern Abend wurde ca. 15 km von hier ein Militär-LKW zerstört, Fahrer und Beifahrer wurden erschossen.

Unter diesen Umständen wird es den rund 17000 Schülern, Studenten und Staatsbediensteten, die sich als freiwillige Erntehelfer gemeldet haben, nur bewaffnet und unter Deckung von Armeeverbänden möglich sein, die Ernte sicher einzubringen. Eine sicher nicht übertriebene Maßnahme, wenn man bedenkt, daß letztes Jahr 23 Erntehelfer von der Contra ermordet wurden.

**Arbeitsbrigade Loma Alta/Nicaragua Libre 4. November 1985**



Die Lehrerinnen der Schule in Melacon. Auf der Broschüre, die die Lehrerin ganz links in der Hand hält, steht: Alphabetisierung ist Befreiung.

**Malta**

## USA mit dabei

„Das Mittelmeer gehört allen — am meisten den USA“ diese witzig formulierte aber bittere Wahrheit (aus konkret 12/85) hat sich kürzlich wieder einmal bewahrheitet. Nach der verbrecherischen Entführung einer ägyptischen Verkersmaschine hatten die US-Streitkräfte im Mittelmeer auch wieder ihre schmutzigen Hände im Spiel, als kürzlich ein ägyptisches Kommando auf dem Flughaben von La Valetta in Malta eine mörderische „Befreiungs“-aktion unternahm. Bei der Erstürmung der entführten Verkehrsmaschine waren 59 Menschen getötet worden, nach letzten Berichten sind allein 44 von ihnen durch Verbrennungen und Vergiftungen gestorben, die durch das Feuer verursacht wurden, daß das „Befreiungskommando“ entfachte.

Unabhängig von dieser Tatsache wurde in den Tagen nach der Aktion folgendes Mitwirken der USA bekannt. So berichtete die Zeitung „Washington Post“ unter Berufung auf sichere Quellen in Malta und diplomatische Kreise, daß die ägyptische Kommandoeinheit bei ihrem Flug zum Einsatzort von zwei US-Offizieren, einem General und einem Oberst begleitet worden sei. Die beiden Offiziere sollen der amerikanischen Militärmission in Kairo angehören und hätten „technische Hilfe“ bei dem Einsatz in La Valetta geleistet. Das „Dementi“ aus dem Washingtoner Pentagon war schwach: die Offiziere hätten nicht am Sturm auf das ägyptische Flugzeug teilgenommen.

Nach weiteren Informationen aus Malta und Washington haben noch weitere Einheiten der US-Mittelmeerflotte Unterstützung und Hilfe angeboten, bzw. geleistet. So wurde der US-Flugzeugträger „US Coral Sea“ eingesetzt, um gegebenenfalls Luftraumüberwachung zu leisten, sollte das entführte Flugzeug von La Valetta aus wieder aufsteigen. Auch Aktionen zum Abfangen des Flugzeuges waren geplant. Zudem seien amerikanisches Militärpersonal und „Experten der US-Terrorbekämpfung“ auf dem Weg nach Malta gewesen.

Nach der großen Zustimmung, die die USA dem Bombenangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis äußerten, dem Piratenakt im Anschluß an die Entführung der „Achille Lauro“ zeigt das Mitmischen der US-Stellen in der Aktion von Malta, daß die US-Präsenz im Mittelmeer eine Gefahr ist. Die durch viele NATO-Basen im Mittelmeerraum abgesicherte Militärmacht der USA führt sich wie der Herr dieser Region auf.

**Kolumbien**

# Das Militär mordet weiter

**In der vergangenen Woche berichteten wir über den Mord an Oscar William Calvo, Sprecher der Volksbefreiungsarmee ELP und der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten. Mittlerweile erreichte uns ein Kommuniqué der Partei, aus dem hervorgeht, daß zwei weitere junge Genossen ebenfalls dem Mordanschlag zum Opfer fielen.**

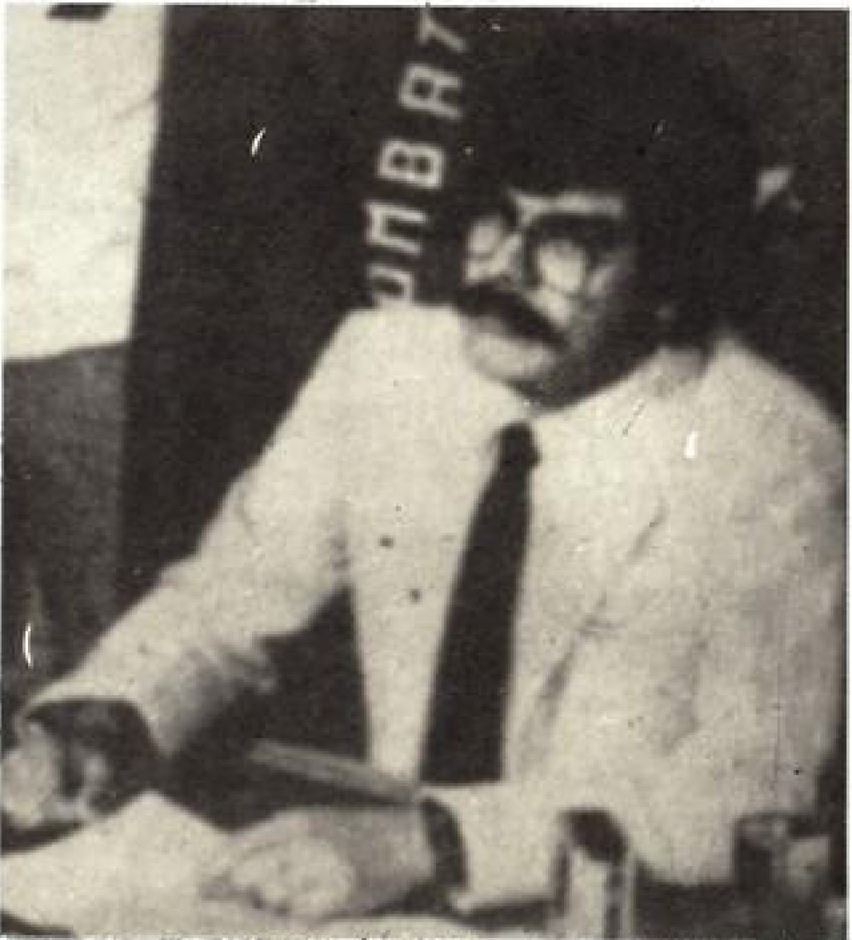
Nach der Aktion gegen die Besetzer des Justizpalastes von der Guerilla M-19 wird immer deutlicher, daß in Kolumbien die Militärs mit terroristischen Aktionen jeglichen Widerstand auslöschen wollen, die Politik des Nationalen Dialogs und des Friedens des Präsidenten Betancur gescheitert ist.

Eine Einheit der Volksbefreiungsarmee ELP besetzte am vergangenen Freitag das Büro der kolumbianischen Nachrichtenagentur Colprensa. In einer Erklärung machten sie die jüngste Mordserie gegen Guerillaführer und Gewerkschafter, die Anschläge paramilitärischer Einheiten und der Armee, die trotz des Waffenstillstandes durchgeführt werden, dafür verantwortlich, daß eine Weiterführung des Friedensprozesses nicht möglich sei.

Die ELP kündigte für die Zukunft gemeinsame Aktionen mit M-19 an. Mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die ELP ist praktisch auch die von Betancur eingesetzte Nationale Kommission für Frieden und Dialog am Ende, deren Mitglied der ermordete Genosse Calvo war.

Die dritte bewaffnet kämpfende Organisation, die den Waffenstillstand mit der Regierung Betancur unterschrieben hatte, war die FARC. Diese, der revisionistischen KP nahestehende Organisation hat noch am Freitag verkündet, sie würde sich vorerst noch an den Waffenstillstand halten. **Einheiten der Militärs ermordeten am Sonntag, keine zwei Tage später 22 Mitglieder der FARC.**

Bei den Aktionen der Militärs kamen am Wochenende insgesamt 31 Menschen um. Die Militärs — die in den neuerlichen Kämpfen keine Gefangenen mehr machen — weiten ihren Terror immer mehr aus. Der nebenstehende Aufruf an die Arbeiter und das Volk Kolumbiens unterstreicht zu Recht die Bildung einer breiten Protest- und Kampffront gegen das Regime.



**Genosse Oscar W. Calvo bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands mit der Regierung im August 1984.**

**Philippinen**

# Marcos Privatjustiz

**Gut zwei Jahre nach der Ermordung des philippinischen Oppositionsführers Beningo Aquino hat ein Gericht in Manila alle Angeklagten — enge Vertraute des Präsidenten Marcos — von dem Vorwurf freigesprochen, etwas mit dem Mord an Aquino zu tun zu haben.**

Im Gericht kam es zu Tumulten, vor dem Gericht protestierten hunderte. Die demokratische Opposition hate mit breiten Protesten den Prozeß zunächst erzwungen, zu deutlich waren die Beweise, daß der Mörder des Oppositionsführers direkt im Auftrage der Militärs und Marcos selbst gehandelt hat. Jetzt wurde vom Gericht wieder die These für die „wahrscheinlichste“ gehalten, daß ein kommunistischer Einzeltäter Aquino umgebracht habe.

Der am meisten in Verdacht geratene Oberbefehlshaber der Armee, General Fabian Ver, ein enger Vertrauter und Verwandter des Diktators Marcos ist mit dem Richterspruch wieder in alle Ämter eingesetzt worden, von denen er zeitweise beurlaubt war.

Die Justizposse von Manila — in der gesamten internationalen Presse kritisiert — wird die Opposition nicht besänftigen. Neben dem immer breiter werdenden Widerstand in der Hauptstadt kämpft die Guerillabewegung NPA (Neue Volksarmee) immer erfolgreicher, hat ganze Provinzen unter Kontrolle und besitzt einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Das Skandalurteil von Manila zeigt die Verlogenheit des Marcos-Regimes und wird den Widerstand dagegen verstärken.

## Flankierende Maßnahmen zu einem Lokführerstreik

**Es waren rund tausend Mitglieder der Abspaltung des Ortsverbandes Chiba der japanischen Lokführergewerkschaft „Doro“, die vergangene Woche zum Streik aufriefen. Anlaß war, wie schon der Grund für die Abspaltung vom Gewerkschaftsverband, der unbedingte Wille geplante Privatisierungsmaßnahmen bei der Staatsbahn zu bekämpfen. „Chibadoro“ rief seine Mitglieder auf, für 24 Stunden die Arbeit ruhen zu lassen.**

**Die militante studentische Organisation „Chukaku-ha“ — bekannt durch ihre Kämpfe gegen den umstrittenen Großflughafen Narita hatte zur Unterstützung des Streiks und seiner Ziele aufgerufen. Parallel zum Streik der Lokführer kam es so zu weiteren Störungen im gesamten japanischen Eisenbahnnetz. In Tokio, Osaka, Kyoto und Hiroshima wurden Signale zerstört und Kabel durchtrennt. In allen japanischen Ballungsräumen kam es zu einem Verkehrschaos. Allein in Tokio waren davon rund 10 Millionen Menschen betroffen, in Osaka 850000 Pendler, deren Verkehrsmittel nicht fuhren.**

**Die Gruppe „Chukaku-ha“ stürmte dann noch mit einem starken Trupp am Freitag gegen 7.00 Uhr den Bahnhof Asakusabashi im Osten Tokios. Mit Eisenstangen und Molotowcocktails verwüsteten sie die S-Bahnstation. Die Polizei nahm 48 Menschen fest, unter ihnen soll sich der Anführer von Chukaku-ha, Masashi Kamata, befinden. Der Vorsitzende der Lokführergewerkschaft Chiba-doro, Yo Nakano, sagte, einem Gewerkschaftssprecher zufolge, seine Organisation habe mit den Sabotageaktionen nichts zu tun. Der Streik sei wie geplant am Freitag mittag beendet worden.**

## ERKLÄRUNG DES ZENTRALEN EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI KOLUMBIENS/MARXISTEN-LENINISTEN

**Die außerordentliche Versammlung am 20. November 1985 erklärt vor allen Mitgliedern, vor der internationalen kommunistischen Bewegung, vor dem Proletariat Kolumbiens, vor dem Volk und der gesamten Öffentlichkeit:**

**Erstens:** Heute, um 7 Uhr abends wurde in Bogota Genosse Oskar William CALVO ermordet, Mitglied des Zentralkomitees der Partei und derjenige hervorragende Führer unserer Partei, der während der letzten Zeit zur Verwirklichung der für die aktuelle Taktik erforderlichen Aufgaben der öffentliche Repräsentant unserer Partei und der Volksbefreiungsarmee (EPL) war, der Erste Sekretär der Revolutionären Jugend Kolumbiens und langjährige Kämpfer mit großen Politichen Fähigkeiten.

**Zweitens:** Zusammen mit ihm wurden ermordet die Genossen Alexander ARCILA und Angela TRUJILLO, beide Jugendliche, Kommunistische Kader, die sich den Reihen der Marxisten-Leninisten anschlossen und in letzter Zeit zu Mitgliedern des Nationalen Sekretariats der Revolutionären Jugend Kolumbiens gewählt worden waren.

**Drittens:** Das Zentrale Exekutivkomitee verurteilt diese niederträchtigen Morde und prangert sie an. Es betrachtet diese als einen Angriff gegen sie und als Teil der faschistischen Offensive des Regimes, die in verbrecherischer Weise in der letzten Zeit verstärkt worden ist. Unsere Partei lastet die Verantwortung für diese Morde der Regierung Belisario Betancur an, sowie seinen militärischen bzw. paramilitärischen Kräften, die einen weiteren Beweis ihres blutrünstigen Charakters und ihres wahrhaft faschistischen Gesichts geliefert haben. Für diesen neuen Akt in ihrer brutalen und verbrecherischen Historie werden sie unserer Partei, der Volksbefreiungsarmee und dem kolumbianischen Volk Rechenschaft geben müssen.

**Viertens:** Das Zentrale Exekutivkomitee ruft alle Kämpfer der Partei auf, die Einheit zu stärken, ihre Kraft zu erhalten und zu entwickeln durch die Vertiefung ihres Kampfes in all seinen Ausdrucksformen und der Welle der Unterdrückung zu antworten durch politischen Kampf, durch bewaffneten Kampf, immer in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse und allen Teilen des Volkes, um diesen verbrecherischen Weg zu stoppen und nicht zuzulassen, daß diese Verbrechen ungesühnt bleiben.

**Fünftens:** Das Zentrale Exekutivkomitee ruft dazu auf, den Tod der Genossen zu einem Sachverhalt politischen Charakters zu machen, Versammlungen durchzuführen und in allen Teilen des Landes die verschiedensten Arten von Bewegung zu organisieren, um unsere Gefühle des Hasses und des Widerstandes gegen dieses Regime zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig, Genossinnen und Genossen, unsere revolutionäre Entschlossenheit, im Kampf voranzuschreiten und zu siegen, klarzumachen. In tiefempfundener Achtung ehrt das Zentrale Exekutivkomitee das Andenken seines Mitglieds, des Genossen Oskar William CALVO und der Genossen Alejandro ARCILA und Angela TRUJILLO. Ihre Aufgabe, für die proletarische Revolution zu kämpfen, werden wir mit der gleichen Kraft, Hingabe und mit dem gleichen Mut weiterführen, die sie unter Beweis stellten, indem sie bis zum letzten Atemzug kämpften.

Zentrales Exekutivkomitee
Nationales Sekretariat
**FRANCISCO CARABALLO**
Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten
Bogota, 20. November 1985




**Sechs Wochen dauerte ein Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Frankreich. Die Aktion — die dritte ihrer Art in Frankreich — wurde vor allem von eingewanderten Mitgliedern autonomer Organisationen gegen den Rassismus in Frankreich getragen. Die auch hier breit bekannt gewordene Bewegung „SOS racisme“ hat für das kommende Wochenende zu einem Großkonzert u.a. mit Steve Wonder auf dem Pariser Place de la Concorde aufgerufen.**

### Etatdebatte im Bundestag

# Haushalt 86: Der Kurs bleibt

Fortsetzung von Seite 1

sicht zu nehmen, das in den verschobenen und verdeckten Ausgaben besteht. Betrachtet man beispielsweise das Verhältnis von Sozial- und Rüstungsausgaben genauer, so ergeben sich sehr schnell deutliche Verschiebungen. Die größten Ausgaben für Wehrforschung etwa werden nicht im „Einzelplan 14" des Verteidigungsministeriums aufgeführt, sondern im Forschungsetat. Die gesamten Ausgaben für pensionierte Offiziere und die Versorgung von Soldaten der Bundeswehr werden nicht im Rüstungshaushalt aufgebracht sondern im Sozialetat (was rund 5 Milliarden DM mehr bzw. weniger für diese beiden Haushalte bedeutet). Das Bemühen, die Tatsache zu verbergen, daß der größte Ausgaben posten die Armee und ihre Waffen sind, ist längst Tradition in der BRD, die auch dieses Mal gewahrt wurde.

In der offiziellen Planung steigt der Haushalt um 6,4 Milliarden DM gegenüber dem Plan für dieses Jahr an. Allein 2,1 Milliarden DM dieser ausgewiesenen Steigerung fallen auf den Rüstungshaushalt, während die Ausgaben im sozialen Bereich weiter stagnieren — auch schon auf dieser Ebene der Berechnung zeigt sich der Kurs der Bundesregierung. Berücksichtigt man die wirklichen und anderswo eingebauten Ausgaben, so wird dieser Kurs noch viel deutlicher.

Wie bereits im letzten Jahr blieb auch bei der Beratung für den 86er Etat der große Schlagabtausch über neue Maßnahmen des Sozialabbaus aus, weil es sie in dieser Form nicht gab. Wie bereits im letzten Jahr verkündete Norbert Blüm dazu, die Zeit der großen Opfer sei nun endlich vorbei. An anderer Stelle kam er der Wahrheit näher: Die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit seien nunmehr saniert, deshalb keine weiteren Ausgabenkürzungen. Wie sie saniert wurden, dürfte als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

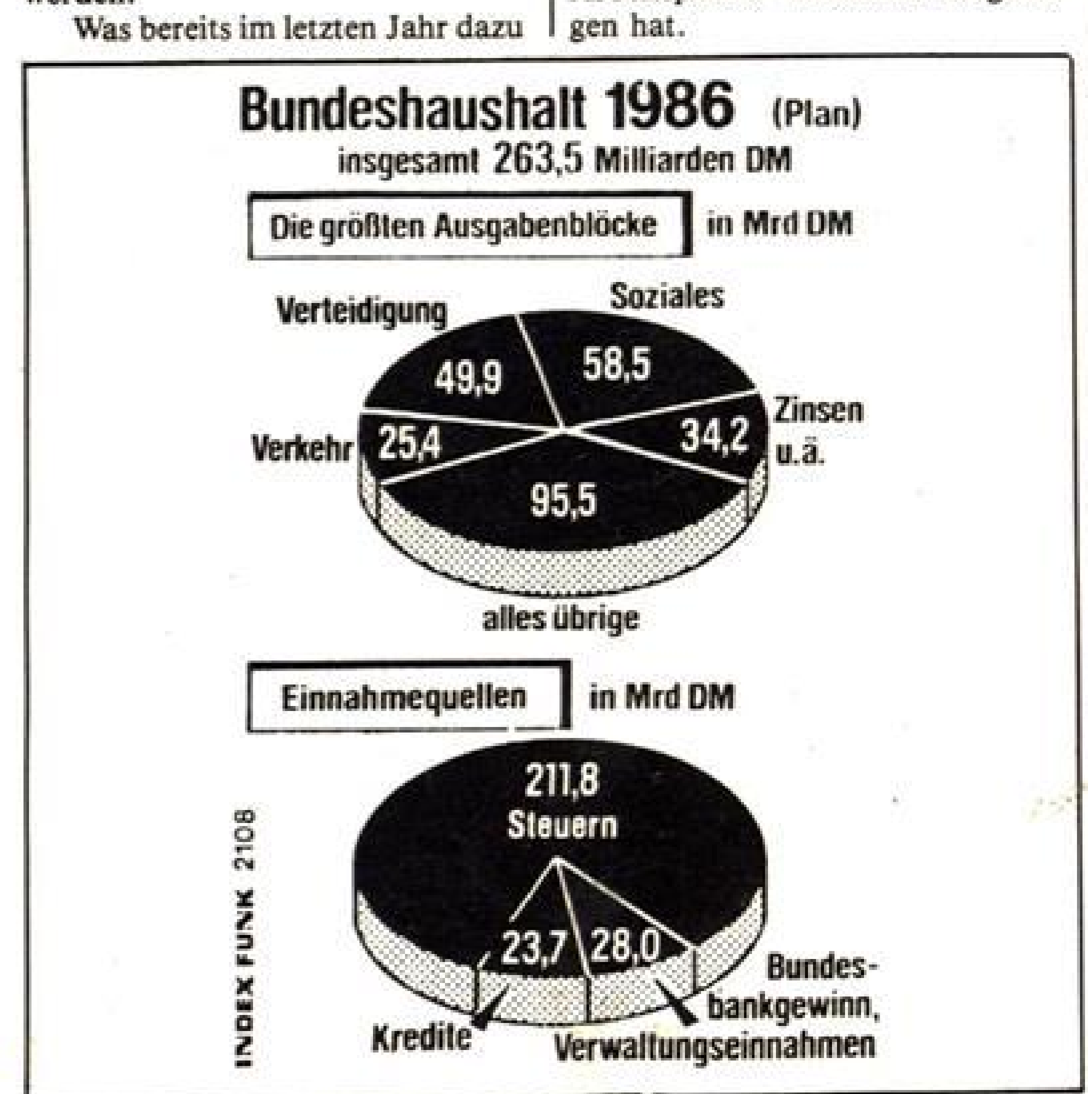
Was bereits im letzten Jahr dazu zu sagen war, kann auch dieses Mal wiederholt werden. Die großen Schnitte blieben zunächst einmal aus, weil die Tiefenwirkung früherer Maßnahmen sich weiter fortsetzt und somit die mittelfristige Finanzplanung erfüllt wird.

## Die Hauptargumente der CDU/FDP-Koalition

Im innenpolitischen Bereich konzentrierten sich die Debatten auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie die Sozialpolitik. Die Hauptargumente der Vertreter des Kabinetts und der Regierungsparteien waren dabei die Senkung der Preissteigerungsrate auf offiziell 1,8 Prozent im November 85 sowie die wachsende Zahl von Arbeitsplätzen in der BRD. Dazu wurden noch kühne Behauptungen serviert wie die Reallöhne steigen wieder und ähnliches.

Wobei, wie bereits im letzten Jahr, zu sagen ist, daß es tatsächlich einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt, der aber, im klassischen Stil konservativer Regierungspolitik, in seiner Richtung eindeutig ist. Die sinkende Preissteigerungsrate (ohne hier näher auf die statistischen Schönfärbereien, die in den letzten zehn Jahren mit System eingeführt wurden, einzugehen) hat im wesentlichen dazu geführt, daß die Kürzungspolitik der Regierung nicht noch mehr zu Armut und Elend geführt hat.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist erstens immer noch geringer als die im Jahre 1982, zweitens ist die Zahl derjenigen, die Arbeit suchen, weiter angestiegen und drittens sind die vielbeschworenen neuen Arbeitsplätze zu wachsendem Teil sogenannte Kapovaz-Arbeitsplätze, auf denen vor allem Frauen zu miserablen Bedingungen ausgebeutet werden. Wobei nicht zu vergessen ist, daß auch die von dieser Regierung so scharf bekämpfte Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wesentlich beigetragen hat.




Der Abbau der Staatsverschuldung, von Stoltenberg als eine der zentralen Errungenschaften dieser Regierung maßlos gefeiert, ist im Verlauf der Debatten am ehesten noch einigermaßen relativiert worden. Einmal durch Stoltenbergs eigene, einigermaßen überraschende Stellungnahme, der Kurs müsse fortgesetzt werden, um die BRD-Wirtschaft für künftige Entwicklungen „wetterfest" zu machen, zum anderen durch den Hinweis auf das Verfahren mit den großen Bundesbankgewinnen.

Da gegen all diese Grundargumentationen von Seiten der Redner der Opposition selten mit grundsätzlichen Gegenargumentationen geantwortet wurde, noch seltener eindeutige Alternativen vorgestellt wurden, konnten die Regierungsparteien in diesen entscheidenden Fragen durchaus oftmals genau den Eindruck erwecken, den sie auch wollten — alles ist auf dem Wege der Besserung.

Hinter diesem so aufgebauten Wall aus konservativen Argumenten in den Hauptfragen konnten dann eine ganze Serie weitergehender Attacken geritten werden: Etwa vom FDP-Cronenberg zur Änderung des § 116 AfG. Ebenfalls zur Frage der „Reform" der gesetzlichen Krankenversicherung wurden künftige Alternativen erneut untermauert — ihre Umstrukturierung nach dem Muster der privaten Versicherer etwa, die Blüm bereits vor Wochen für nach der nächsten Wahl angekündigt hatte, wurde abermals propagiert. Alle diese Fragen (mit Ausnahme des § 116) spielten aber in der weiteren Debatte keine wesentliche Rolle, im wesentlichen die Unionsparteien bestimmten die Themen der Auseinandersetzung.

## SPD-Hilflosigkeit

Insbesondere für die SPD war diese Haushaltsdebatte im wesentlichen eine politische Niederlage. Das begann mit der Nichtteilnahme ihres Kanzlerkandidaten. Nur noch spekulieren kann man darüber, warum ihn nun selbst sozialdemokratisch ausgerichtete Blätter bereits „Johannes der Kneifer" nennen. Offensichtlich hat er nach seinen verschiedenen Fehlstarts Auftrittsverbot aus der Baracke oder ähnliches.

Bereits die Eingangsrede Jochen Vogels zeigte die Schwäche der SPD in aller Deutlichkeit. Das Bemühen, sich in den Augen der herrschenden Klasse als regierungsfähig zu erweisen, nimmt ihr die Möglichkeit, echte Alternativen zur heutigen Regierungspolitik aufs Tapet zu bringen. Nicht umsonst war es eine der ersten Auslassungen Vogels, auch die SPD an der Regierung hätte natürlich Kürzungen im Sozialbereich vornehmen müssen, nur eben ausgewogener. Das ist die Parole von der angeblichen sozialen Symmetrie bei der Verteilung von Krisenlasten, mit der bereits die Schmidt/Genscher-Regierung operierte, die bereits damals nicht den Tatsachen entsprach und die der letzte sozialdemokratische Finanzminister Lahnstein auch in aller Öffentlichkeit als falsch darstellte (weil bei den paar Reichen nichts zu holen sei) — dafür ist er ja heute Topmanager.




Grundzug der SPD-Beiträge in dieser viertägigen Debatte war es, um jeden Preis zu vermeiden, von der CDU/CSU und FDP vor die Finanzierungsfrage gestellt zu werden. Eine andere Sozialpolitik bedeutet zum einen eine Umschichtung der Ausgaben, zum anderen eine andere Form der Besteuerung. Keines von beiden will die SPD ernsthaft vertreten, um die Reichen dieses Landes nicht „zu verschrecken". Bei solch halbherziger, verlogener Argumentation können solche Vorwürfe wie „Sozialneid" erst recht auf guten Boden fallen.

Bei der Frage der Ausgabenumschichtung konnte sich die SPD beispielsweise in der Debatte um den gigantischen Rüstungsetat gerade dazu aufraffen, eine Kürzung um sage und schreibe 1,8 Milliarden DM zu fordern, was bekanntlich gegenüber den offiziellen Ausgaben des Vorjahres immer noch eine deutliche Steigerung wäre.

So wenig wie die Rüstungspolitik der Bundesregierung ernsthaft kritisiert wurde, so wenig wurde eine deutliche Alternative in der Steuerpolitik aufgezeigt oder gar vertreten. Hier beschränkte sich die Kritik auf die Steuerreform der Bundesregierung um deren unsoziale Auswirkungen.

Sicherlich waren die Grünen in ihren verschiedenen Kritiken am Entwurf des Kabinetts weitgehender als die SPD. Das zeigte sich vor allem an ihrer Forderung, den Bundesetat für Rüstung um 15 Milliarden DM zu kürzen. Aber auch sie vermieden es, sei es aus Gründen kommender Koalitionsabsichten oder aus welchen auch sonst, eine gesamte Alternative zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vorzulegen.

## Beschäftigungsprogramme in Varianten

Von der SPD wurde in der Debatte um die Arbeitslosigkeit erneut die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm mit Schwerpunkt in der ökologischen Erneuerung in der Höhe von 20 Milliarden DM erhoben. Was von der Regierung und den Koalitionsparteien erneut rundweg abgelehnt wurde, wozu die Grünen erneut eine insgesamt eher diffuse Haltung annahmen.

Auch dieser Punkt, am ehesten noch zu verstehen als das Vertreten einer alternativen Politik, wurde von Regierungsseite mit dem Hinweis auf die Staatsverschuldung (und auf die Nutzlosigkeit solcher Programme) versucht wegzuwischen.

Der SPD-Vorschlag war, wie vorher auch schon, am sogenannten Zukunftsinvestitionsprogramm von 1978 orientiert, von dem die SPD seit langem behauptet, es habe unter der Schmidt-Regierung in den Jahren 78 und 79 mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen. Wobei schamhaft verschwiegen wird, daß dies auch mit der konjunkturellen Entwicklung zu tun hatte und daß es eben kein wirkliches Beschäftigungsprogramm war, sondern ein Programm zur Förderung von Unternehmerinvestitionen.

Dasselbe soll heute Wunder wirken. Und steht im Gegensatz zu dem vom DGB geforderten 50 Milliarden DM Programm (das ebenfalls viele, vor allem politische, Schwachpunkte hat). Trotzdem blieb dies noch der einzige Punkt, an dem die SPD öffentlich deutlich machen konnte, für eine zumindest etwas andere Politik zu stehen.

Dies und die Tatsache, daß Willy Brandt am letzten Tag „in den Ring stieg" und als Stellvertreter Raus und populärer als Vogel seine Haltung vertrag (ohne daß sie inhaltlich anders gewesen wäre), verhinderte, daß die Etatdebatte zur absoluten politischen Katastrophe für die SPD wurde.

Daß aber die Rolle, die die SPD (und, abgeschwächt, auch die Grünen) bei dieser viertägigen Mammutdebatte über alle westdeutschen Sender einnahm, dazu beigetragen haben könnte, für einen Kurswechsel gegen die Wenderegierung zu mobilisieren, das mögen im Nachhinein noch nicht einmal die größten Parteistrategen der Baracke behaupten. Ihre Hoffnung scheint die Skandalträchtigkeit dieser Regierungskoalition bleiben zu müssen und nicht die eigene Politik.

## Schlaglichter

Zwei der zahlreichen Punkte, die auch noch eine Rolle spielten im Verlauf der Debatte, sollen hier abschließend noch erwähnt werden. Zum einen die Allparteienkoalition, der sich die Grünen einmal mehr mit ihrer berechtigten Forderung nach der Abschaffung des sogenannten Innerdeutschen Ministeriums gegenübersahen. Einmal mehr die SPD ganz im Kielwasser der Regierungsparteien.

Zum zweiten die Diskussion um die Ausgaben des Bundes für Krebskranke: die traurige Summe von 26 Millionen oder 0,01 Prozent des Bundeshaushaltes und darüber wurde auch noch gestritten. Etwa soviel wie die Tragfläche eines Tornados kosten dürfte ...

**AKWs — wie weiter (Teil V und Schluß)**

# Perspektiven — Alternativen

**In den vier bisherigen Folgen unserer Serie zur AKW-Politik und ihrer heutigen Situation haben wir der Reihe nach die Geschichte des Atomprogramms, die Sicherheitsfragen, die Chronik des Widerstands und die Haltung der großen Parteien dargestellt und bewertet. Im abschließenden fünften Teil soll es nun darum gehen, Alternativen aufzuzeigen und ihre Bedingungen anzugeben. Dabei kommt in diesen fünf Teilen vieles etwas sehr kurz, eine Reihe wichtiger Frager wurden gar nicht angesprochen, was seinen Grund darin hat, daß diese fünfteilige RM-Serie eine sehr stark gekürzte Fassung einer sehr ausführlichen Arbeit ist, die im nächsten Jahr — wahrscheinlich — in Broschürenform erscheinen wird. Zusätzlich zur letzten Folge drucken wir heute Auszüge aus dem Buch „Die Stromdiktatur" ab — mit der Absicht zu verdeutlichen, warum es, wenn von alternativer Energiepolitik die Rede ist, immer auch heißen muß in die gesetzlich abgesicherte Monopolstellung der EVUs einzugreifen.**



## Alternativen

Statt die Stromerzeugung immer stärker auf Atomkraft umzustellen, wie es das Atomprogramm der BRD vorsieht (ohne an dieser Stelle auf all jene Fragen einzugehen, die auch damit verbunden sind wie die Exportgeschäfte, die atomaren Aufrüstungsmöglichkeiten für die BRD und so weiter) muß die Kohle, sowohl Stein- als auch Braunkohle als zentraler Energieträger genutzt werden. Die jahrzehntelang betriebene Propaganda der Energieknappheit kann gerade in der heutigen Situation, die beweist, daß die zahlreichen Berechnungen nicht zutreffend sondern manipuliert waren, nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten werden. Die Kohlevorräte in der BRD reichen auf Jahrhunderte — wenn man an ihre Berechnung nicht mit dem Maßstab der kapitalistischen einzelbetrieblichen Rentabilität herangeht. Die dafür benötigten Fördertechniken wie auch die Techniken der Kohleumwandlung sind weitgehend vorhanden. Eine entsprechende Runderneuerung der BRD-Energiewirtschaft (die auch den Bau neuer Kohlekraftwerke an Stelle der jetzigen, mit einer Umweltbelastung, die auf das Mindestmaß reduziert ist, einschließt) ist leicht möglich — sie scheitert bisher (wie auch viele ergänzende alternative Projekte in diesem Bereich) am Widerstand der Atomlobby, der Konzerne und ihrer Bonner Interessenvertreter.

Dies stellt die grundsätzliche Alternative dar — in diesen Rahmen können die zahlreichen Überlegungen und Versuche, andere Energiequellen zu nutzen, eingebaut werden. Für die AKWs gibt es weder wirtschaftlich noch sonstwie einen objektiven Grund.

Die Schwierigkeiten zeigen sich am deutlichsten in der monopolartigen Stellung der Energieversorgungsunternehmen. Diese Stellung wird ihnen durch die Energiegesetze, die im wesentlichen aus der Nazi-Zeit stammen (siehe dazu auch den Buchauszug auf der nebenstehenden Seite) ausdrücklich zugebilligt. Widerstandshandlungen jedweder Art gegen diese EVUs sind gesetzlich untersagt, ihre Machtfülle ist groß.

Dabei wird immer wieder deutlich, daß die Behauptung, Unternehmen wie das Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerk (RWE) oder VEW und so weiter seien staatlich oder kommunal, weitgehend unrichtig ist. Kommunen haben ihre Anteile, ihre Aufsichtsratsvertreter, verfügen auch über abhängige Unternehmen der Großen — doch abgesehen von Bestechlichkeit, Filz und politischer Orientierung im Sinne der Konzerte regiert die „Sachlogik", und die Sache heißt Profit. In allen großen EVUs gibt es private Großaktionäre, die in Wirklichkeit die Unternehmenspolitik bestimmen.

Wer hier Veränderungen will, der muß deutlich machen, daß dies nicht dauerhaft gehen wird, ohne in die Verfügungsstrukturen einzugreifen, auf dem Wege einer grundlegenden Veränderung der Energiegesetze und auf dieser Basis der Eigentumsverhältnisse. Das kann durchaus heißen Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung, mit entsprechenden Kontrollmechanismen, das muß aber in erster Linie heißen: die Verflechtung der EVUs mit den größten Finanzgruppen des westdeutschen Kapitals müßte unterbunden werden. Dies ist die zentrale Frage auch beispielsweise in solchen Komplexen wie dem Beschäftigungsprogramm des DGB, dessen Vorschläge ja nur dann realistisch wären, wenn sie mit einer solchen politischen Perspektive ausdrücklich verbunden wären.

## Formen des Widerstands

Ziel einer effektiven Gegenwehr müßte es sein, die „friedliche" Nutzung der Kernenergie ebenso zu stoppen wie die Lagerung von Atomwaffen auf dem Boden der BRD aufzuheben. In ein solch allgemeines Ziel gehört auch die Unterbindung des Exports von Atomkraftwerken und von deren Zubehörteilen sowie die damit verbundene Weitergabe von Wissen zur Herstellung von Atomwaffen. Deutsches Kapital müßte aus jeder Beteiligung an Projekten irgendwo auf der Erde oder im Weltraum, die mit „Atomen für den Frieden" oder mit „Atomen für den Krieg" zu tun haben, zurückgezogen werden.

Ein sehr wichtiges Mittel, um sich über den Umfang einer derartigen Zielsetzung Klarheit zu verschaffen und die damit verbundene Aufgabenstellung überhaupt abschätzen zu können, besteht sicher darin, systematisch in Erfahrung zu bringen, wo Projekte dieser Art überhaupt existieren. Dabei haben Bürgerinitiativen teilweise Beachtliches geleistet, und Zeitungen wie „Atom" (Atom Express & Atommüllzeitung) tun dies nach wie vor. Bei dieser Informationsbeschaffung und -verbreitung ist davon auszugehen, daß diejenigen, die an der Verwiklichung von Projekten zur Nutzung der Kernenergie arbeiten, versuchen, möglichst lange ihre Vorhaben geheimzuhalten, um der davon betroffenen bzw. bedrohten Bevölkerung möglichst wenig Zeit zu lassen, sich sachkundig zu machen und sich gegen derartige Absichten zur Wehr zu setzen.

Daß vielfach an der Basis spontaner Widerstand aufflackert und sich gelegentlich auch in Verzweiflungsaktionen entlädt, hängt mit eben dem Bestreben der Planer, Erbauer und Betreiber derartiger Anlagen zusammen, „im Trüben zu fischen". Mit Bestrebungen dieser Art wird das deutsche Volk aller Voraussicht nach leben müssen, solange es das große Kapital noch nicht entmachtet und dessen Träger — seien es nun private Gesellschaften oder halbstaatliche Körperschaften — enteignet hat.

Solange werden alle Kampfmaßnahmen gegen die Atomindustrie ebenso vorläufig in ihren möglichen Ergebnisse bleiben, wie dies bei Auseinandersetzungen in anderen Bereichen von Wirtschaft, Recht, Kultur usw. auch der Fall ist.

## Bürgerinitiativen

Beim bisherigen Vorgehen von Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke ist es wiederholt zu Bauplatzbesetzungen gekommen. Während die erste dieser Besetzungen, nämlich des Bauplatzes Wyhl, bis heute den Erfolg gehabt hat, daß ein für dort geplanten Reaktor nicht weitergearbeitet worden ist, hat die Staatsgewalt sehr schnell daraus gelernt und sich bei allen weiteren Atomkraftwerks-, Zwischen- und Endlagerstätten- und Wiederaufarbeitungsanlagen-Planungen von vornherein auf massive Auseinandersetzung eingerichtet. Zur Beschleunigung des Baus der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wurden zuvor bestehende Entscheidungsbefugnisse auf regionaler Ebene (d. h. solche des zuständigen Landrats) außer Kraft gesetzt. Im Zuge dieser Entwicklung wurde der staatliche Unterdrückungsapparat sowohl in technischer als auch personeller Hinsicht erheblich ausgeweitet und perfektioniert.

Gegen die von den traditionellen Parteien CDU/CSU, FDP und — mit Abstrichen — SPD vertretene Atompolitik der BRD hat sich auf parlamentarischer Ebene die Partei der Grünen eingerichtet. Diese Partei hat insbesondere die Versuche zur Sperrung von Informationszugängen verschiedentlich zugunsten der Betroffenen unterlaufen und, indem sie einige heiße Eisen angefaßt hat, dazu beigetragen, daß das Mißtrauen einer steigenden Anzahl von Staatsbürgern in die Repräsentanten dieses Staates Nahrung erhalten hat. Auf der anderen Seite haben viele, die bis dahin die Auseinandersetzung vorrangig auf der Straße bzw. vor Ort gesucht haben, sich auf die Hoffnung eingelassen, grüne Politiker könnten in den Gremien einiges von dem, was sie auf der Straße versucht haben, in Bewegung bringen. Grüne Parlamentarier waren so zu „Hoffnungsträgern" eines nicht unerheblichen Teils ihrer Wählerschaft und auch darüber hinaus geworden. Diese Partei hat, insbesondere durch ihre kompromißlerische Politik in Hessen — bei der sie fast auf alle wesentlichen Bestandteile ihrer Programmatik verzichtet hat — einiges an Anziehungskraft eingebüßt. Und wenn man die jüngste Entscheidung nimmt, den NRW-Landesministerpräsidenten Rau zu unterstützen, kann man nur feststellen: „Der Lack ist ab". Ein wesentlicher Punkt, der den Grünen Wählerstimmen gebracht hat und um dessentwillen sie sich überhaupt zu einer Partei zusammengefunden haben, war ihre Opposition gegen das Atomprogramm der Bundesregierung. In Hessen jedoch beteiligt man sich an der Regierung, ohne hier für die eigene Zielsetzung etwas an Boden gewonnen zu haben.

Wichtig ist auch, was sich innerhalb der Sozialdemokratie und insbesondere innerhalb der von ihr ideologisch weitgehend beherrschten DGB-Gewerkschaften abspielt.

## Gewerkschaften

Auch wenn sich an der Anti-AKW-Bewegung mehrere kommunistische Gruppierungen beteiligt haben, so hat dennoch eine erhebliche Schwäche der Anti-AKW-Bewegung bis heute darin bestanden, daß es der Bourgeoisie (mit Unterstützung der SPD) bisher gelungen ist, durch demagogische Ausnutzung der Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Zukunftssorgen zahlreicher Arbeiterfamilien einen Teil der Arbeiterschaft in eine Frontstellung einzubeziehen, die der Arbeiterklasse als ganzer abträglich ist und die auch solchen (im Rahmen ihrer Möglichkeiten) fortschrittlichen Bewegungen, wie es die Anti-AKW-Bewegung (insgesamt gesehen) ist, sehr viel von ihrer möglichen Wirkung entzieht. Wenn der Kampf gegen die Atompolitik der BRD Erfolg haben soll, dann geht dies letztlich nur in dem Maße, wie die Arbeiterklasse dieses Banner ergreift. Die wichtigste Ebene dazu sind die DGB-Gewerkschaften, wo es in der Vergangenheit insbesondere die IG Bergbau und Energie, die IG Chemie Papier Keramik und die IG Bau Steine Erden waren, deren führende Funktionäre die Mitglieder in eine Pro-Kernenergie-Haltung zu bringen versucht haben, während die DGB-Spitze bis kurz vor der Großveranstaltung in Dortmund am 10. 11. 1977 dem Ausbau der Atomkraftwerke zumindest distanziert gegenüberstand. Anknüpfen könnte man dabei an Bemühungen etwa des „Arbeitskreises Leben — Gewerkschafter gegen das Atom" innerhalb des DGB. Hierbei wäre dann deutlich zu machen, daß die „friedliche" Nutzung der Kernenergie (zumindest im jetzigen Stadium) nicht einfach gleichzusetzen ist mit einer weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und somit nicht einfach in eine historische Reihe etwa mit der Entwicklung von Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektrizität usw. zu stellen ist, nicht zuletzt schon deshalb, weil hier eine Dimension erreicht wird, die die gesamte Menschheit der Vernichtung preisgeben kann. Darüber hinaus drohen die ökonomisch-politischen Sachwalter dieser lebensbedrohenden Technologie, um ihre Sonderinteressen nach Maximalprofiten durchzusetzen, alle alternativen Technologien und deren Entwicklung ins Abseits zu stellen oder gar völlig zu erdrücken.

(Die etwa in SPD-Kreisen zeitweilig verbreitete Hoffnung, mit Hilfe von Hochtemperaturreaktoren Kohlevergasung vorzunehmen, erweist sich zunehmend als Illusion, noch bevor die Thorium-HTR Hamm so richtig in Betrieb gegangen ist.)

Nicht zuletzt aber hat sich die Atom-Technologie der „Atome für den Frieden" von derjenigen der „Atome für den Krieg" faktisch nicht gelöst; mit anderen Worten: Atomkraftwerke können ohne allzu große Umstände in Bombenproduktionsstätten umgewandelt werden.

(Der erste Schnelle Brüter Kalkar steht noch nicht ganz, da ist bereits ein zweiter im Zusammenwirken mit Frankreich bei Kalkar geplant. Eine zweite Plutioniumfabrik.)

# „Die Strom-Diktatur“

**Unter diesem Titel veröffentlichen die Autoren N. Eckardt, M. Meinerzhagen und U. Jochimsen im Verlag Rasch und Röhring ein Buch über die Macht der Stromkonzerne (204 Seiten, 24 DM). Darin wird die Entstehung der heutigen Energiegesetze in der Hitler-Zeit ausführlich nachgewiesen. Für jeden, der sich mit der Energiepolitik befaßt, ist dieses Buch, ohne es insgesamt bewerten zu wollen, von großem Interesse. Gerade wenn man sich, wie es in der letzten Folge unserer AKW-Serie geschiet, mit den Energiegesetzen befaßt, ist es wichtig, die jahrzehntelange Tradition der Energiewirtschaft über alle politischen Systeme hinweg zu kennen.**

Schacht machte die Nazikommissare glauben, er habe ihre Lektion gelernt: „Die Wehrhaftmachung“, sagte er 1935 in einer Rundfunkrede, „die uns Adolf Hitler wiedergegeben hat, sichert uns den Broterwerb, jetzt und für die Zukunft. Es gibt keine Areit ohne Wehrhaftmachung.“ Für die Energiewirtschaft gab es reichlich zu tun. Das Leitungsnetz dehnte sich zwischen Ende 1934 und 1939 um 5000 Kilometer aus. Die zunehmende Verbundwirtschaft führte zu einem Stromzuwachs um 163 Prozent in diesem Zeitraum. Das Reich saß zwar auf Kohlen im Überfluß, verfügte aber kaum über nennenswerte Ölquellen. Also mußte der dringend benötigte Treibstoff aus Kohle verflüssigt werden — unter enormem Einsatz von Energie. Strom wurde auch gebraucht, um aus dem minderwertigen Eisenerz von Salzgitter hochwertigen Waffenstahl zu schmieden.

Die Industrie mußte das Geld für die teuren Produktionen aber erst einmal auf dem Weltmarkt verdienen. Mit direkten Subventionen konnte der Hitler-Staat nicht eingreifen. Seine Devisen schwanden derart, daß Hitlers Startschuß für den Zweiten Weltkrieg schon 1939 fiel, statt, wie geplant, erst 1942/43. Über die Steuerschraube konnte Schacht die nötigen Mittel auch nicht eintreiben, Preis- und Lohnstopps verhinderten das. Der wehrwillige Finanzmann besann sich auf eine verdeckte Subventionsmethode, die in früheren Jahren von den großen Stromkonzernen schon angewendet worden war. Zur besseren Auslastung ihrer Kraftwerke für den Rund-um-die-Uhr-Betrieb hatten die Stromriesen einigen Größtabnehmern billige Sondertarife eingeräumt, die manchmal unter den Erzeugungskosten lagen. Den Verdienstausfall ließen sich die Stromer vom Heer der Kleinverbraucher reichlich ersetzen. Dieser Praxis verhalf Schacht zu einer gesetzlichen Grundlage. Gegen Nazipartei und Gemeinden ging er zur Sache: Am 13. Dezember 1935 haben Hitler, Schacht, Reichsinnenminister Frick und Reichskriegsminister Blomberg das von Schacht ausgetüftelte „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ unterschrieben, drei Tage später trat es in Kraft. Es ist seinen Schöpfern so vortrefflich gelungen, daß es Krieg, Kapitulation, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Waldsterben überlebt hat.

Carl Krecke, der Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft, jubelte: „Durch das Energiewirtschaftsgesetz ist in Deutschland das Verhältnis zwischen Staat und Energiewirtschaft in einer Weise geregelt worden, die der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung entspricht. Diese Regelung wird die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig beeinflussen.“ Zwar hatte sich der Hitler-Staat — wie NSDAP und Gemeinden es gefordert hatten — die Energieaufsicht angeeignet, Schacht gab seine Macht jedoch nicht aus der Hand. Im Gegenteil. Mit seinem Paragrafenwerk sicherte er seinem Ministerium die Vormachtstellung. Noch waren allerdings das Reichsministerium des Inneren, der Generalbevollmächtigte für die Energiewirtschaft und der Reichskommissar für die Preisbildung an den Entscheidungen beteiligt. Schacht konzentrierte die Aufpasserfunktion zunächst in seinem Wirtschaftsministerium und übertrug sie dann der handverlesenen Reichsgruppe Energiewirtschaft.

Seit der Verkündung des Energiewirtschaftsgesetzes konnte sich der Reichswirtschaftsminister Bauunterlagen oder Bilanzen aus den Chefetagen der Stromwirtschaft kommen lassen. Das Ministerim behielt sich ein Untersagungsrecht vor, doch Eingriffe wurden nie notwendig, denn das Verhältnis zwischen Schacht und der Reichsgruppe Energiewirtschaft gedieh weiterhin vorzüglich nach dem Motto „Leben und leben lassen“. „Nicht das ist im nationalsozialistischen Staat von grundsätzlichem Interesse“, wiegelte Schacht in einer Rede zum neuen Gesetz ab, „ob die Energieversorgung von privater oder öffentlicher Hand befriedigt wird, sondern die Unterordnung jeglicher Erzeugung unter das Interesse des Gesamtwohls von Volk und Staat, ganz einerlei, ob die Wirtschaftsführer Verwalter und Betriebsführer privaten oder öffentlichen Vermögens sind.“

In der amtlichen Begründung zum Energiegesetz wurde er noch deutlicher: „Das Gesetz geht davon aus, daß die energiewirtschaftlichen Unternehmen in erster Linie selbst dazu berufen sind, die Aufgaben aus eigener Kraft zu lösen. Der Reichswirtschaftsminister will sich grundsätzlich darauf beschränken, nur da einzugreifen, wo die Wirtschaft selbst die gestellte Aufgabe nicht zu meistern vermag. Die Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen soll soweit wie möglich von der Wirtschaft selbst getroffen werden.“ Das bedeutete für die großen Stromkonzerne weitermachen wie bisher. In der Präambel für das neue Gesetz fanden die Stromer sogar einige Passagen aus ihrem von der NSDAP so wütend bekämpften Gutachten wörtlich wieder, in jenem Bandwurmsatz, auf den sich die Planer noch heute berufen, wenn sie private Grundstücke enteignen, für Hochspannungsleitungen breite Schneisen durch Wälder schlagen oder wenn sie begründen, warum ein neues Atomkraftwerk dringend gebaut werden muß: „Um die Energiewirtschaft als wichtige Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte der Wirtschaft und der öffentlichen Gebietskörperschaften einheitlich zu führen und im Interesse des Gemeinwohls die Energiearten wirtschaftlich einzusetzen, den notwendigen öffentlichen Einfluß in allen Angelegenheiten der Energieversorgung zu sichern, volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern, einen zweckmäßigen Ausgleich durch Verbundwirtschaft zu fördern und durch all dies die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz verkündet.“

Die Stromkonzerne hatten sich voll durchgesetzt. Das „so sicher und billig wie möglich“ stammte aus der Marketingabteilung des RWE. Und die „schädlichen“ Auswirkungen des Wettbewerbs hatten in der Vergangenheit schon zweimal einen „Elektrofrieden“ notwendig werden lassen. Die Weichen für das Kartell waren gestellt, Demarkationslinien und Gebietsmonopole standen fest. Vom 3. September 1939 an regelte der „Reichslastverteiler“ in Brauweiler bei Köln die überregionale Stromverteilung. Nach Grad der Dringlichkeit wurden von hier aus schon mal ganze Städte und Dörfer abgeschaltet, wenn kriegswichtige Betriebe vorrangig beliefert werden mußten. Auch der Lastverteiler wurde mit seinen weitreichenden Kompetenzen — nach Bedarf jeden Verbraucher abzuschalten — in der Nachkriegszeit übernommen und nur mit einer neuen Vorsilbe versehen, er heißt „Bundeslastverteiler“.

Jetzt konnte es losgehen. Ein führender Industrieller der Schwerindustrie gab im März 1939 in humoriger Weise die Seelenlage der deutschen Industriellen in einem Vortrag „Über wehrwirtschaftliche Notwendigkeiten“ zum besten: „Der Wirtschaft selbst ist es einerlei, ob sie vom Helm oder vom Zylinderhut regiert wird, aber für eine der beiden Kopfbedeckungen sollte man sich doch entscheiden.“ Die Wirtschaftsbosse wählten den Helm, denn unter der Obhut der Wehrmacht versprachen sie sich eine dauerhafte Auslastung ihrer Fabriken.

„Kriegswirtschaftliche Gründe“ bescherte den Stromfürsten im Jahr 1940 ein zusätzliches Riesengeschäft und verliehen der Verbundwirtschaft erst den wirtschaftlichen Sinn. Nach einer Durchführungsverordnung zum Energiewirtschaftsgesetz wurde die industrielle Eigenerzeugung von Strom in den großen Rüstungsbetrieben so weit wie möglich zurückgedrängt. Die energiefressenden Fabriken mußten die eigenen Kraftstationen stillegen und wurden jetzt direkt aus den zahlreichen Großkraftwerken über die Hochspannungsleitungen beliefert. Auch diese Verordnung gilt noch heute.

(...)

Jetzt schrieb nicht mehr die Militärstrategie der Wirtschaft ihre Ziele vor, sondern das Speer-Ministerium konnte mit exakten Berechnungen nachweisen, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten zum bestimmenden Faktor der Strategie geworden waren. Damit erfuhr die „Eigenverantwortung der Industrie“ eine neue Blüte, denn das Ziel der „Befehlswirtschaft“ bestand darin, daß ein starker Staat die immer stärker werdenden wirtschaftlichen Kartelle kontrollieren sollte. So machte das Organisationsgenie Speer schließlich eine stattliche Anzahl von Industrieführern zu entscheidenden Lenkern der Kriegsmaschinerie. Er ernannte die willigen Wirtschaftsbosse zu „Rüstungsbevollmächtigten“ und legte damit die Lenkung der deutschen Rüstung in die Hände der Industriellen.

Der wahre Charakter Nazi-Deutschlands trat im Lichte der „totalen Kriegsanstrengung“ zutage. Produktionsmaximierung galt dem Nazismus über alles. Um die rasende Steigerung zu erreichen, gab es nur zwei Wege. Der Staat hätte die bürokratischen Kontrollen verstärken und damit größere Produktionsleistungen erzwingen können. Aber das war unmöglich, denn es fehlte an ausgebildeten Kontrolleuren, und die Arbeitskräfte wurden von der Wehrmacht aufgesogen. Der einzig gangbare Weg war daher jener, der die Leitung der Wirtschaft den mächtigsten Monopolisten anvertraute und damit deren Macht noch stärkte. Das Wesen der Veränderung, die in der Schaffung des Generalinspektors für Wasser und Energie ihren Ausdruck fand, gliederte die gesamte industrielle Tätigkeit in eine monopolistische und autoritäre Struktur.

Natürlich führten diese „kriegswichtigen“ Umstrukturierungen zu einer rapiden Konzentration und Zentralisierung des Kapitals. Denn das Recht auf Privateigentum war — für Nichtjuden — unter dem Nationalsozialismus erhalten geblieben und das Recht, für investiertes Kapital entsprechende Erträge zu erzielen, niemals bestritten worden. Die NS-Gesellschaft kontrollierte jedoch die Verwertung des Kapitals mit zahlreichen Restriktionen. Die Kontrolle wurde industriellen Dachorganisationen übertragen, deren Leitung in den Händen von Vertretern der mächtigsten Industrie- und Finanzkartelle lag. Über dieser Selbstverwaltung der Kriegswirtschaft stand der Generalinspektor als letzte Instanz des starken Staats.

Mitten im Krieg hatte der Hitler-Staat den Versuch unternommen, die Energiewirtschaft an die Leine zu nehmen; die Kommandostrukturen waren geschafen, sie sollten nach dem Endsieg mit kompetenten Leuten ausgefüllt werden. Doch es kam ganz anders. Am 8. Mai 1945 kapitulierte die vernichtend geschlagene deutsche Wehrmacht, am 23. Mai wurde Speer in seiner Residenz Schloß Glücksburg von britischen Soldaten verhaftet. Die Mitglieder der Regierung des Hitler-Nachfolgers Großadmiral Dönitz trafen sich später in einem Flensburger Polizeirevier wieder.

Nikolaus Eckardt
Margitta Meinerzhagen
Ulrich Jochimsen

**DIE STROM DIKTATUR**

Von Hitler ermächtigt – bis heute ungebrochen

Rasch und Röhring

Dieser Krieg war nicht mehr, was er für den Militärphilosophen Clausewitz bedeutet hatte, nämlich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg hatte zum absoluten Zusammenbruch geführt. Das ausgebrannte europäische Staatensystem war endgültig zu einer Szenerie zweiter Ordnung im Konzert der Weltpolitik geworden, Deutschland als Macht vernichtet, als Nation geteilt. Das Reich lag in Trümmern, die politische Führung steckte im Gefängnis. Und jetzt hatten die Stromer freie Bahn.

Der Expansionstrieb des deutschen Kapitalismus hatte einen schweren Dämpfer erhalten. Der Klüngel aus Industriellen, Bankern und Großgrundbesitzern hatte sich von seinen politischen Führern trennen müssen. Die Alliierten hatten den Tisch umgestoßen. Um das Spiel nach alten Regeln fortsetzen zu können, mußten die Karten neu gemischt werden.

# BÜCHERMARKT

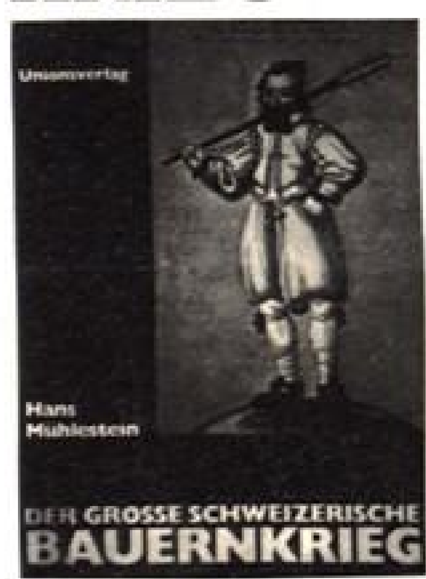
## ENGELMÄNNER

Zwei Bände von Bernt Engelmann: 1.: **Wie wir wurden, was wir sind** — Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, 350 Seiten und 2.: **Wir sind wieder wer** — Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland 317 Seiten. Beide Bände mit vielen Bildern, Dokumenten und Register. Es handelt sich um dicke Leinenausgaben aus dem Bertelsmann Verlag, die bei uns zum Preis eines Taschenbuchs zu haben sind, nämlich für beide zusammen **★ Nur 16,80 DM**

## 2x EISLER

Zwei Bücher über das Leben, die Werk, die Wirkung von Hanns Eisler, dem Komponisten der Arbeiterbewegung. Zum einen das Paperback aus der Reihe Argumente (Sonderband 5) Hanns Eisler. Mit den Abschnitten Zur Eisler-Rezeption, Die Entwicklung der politischen und ästhetischen Position Eislers und III. Musikalische Analysen. 235 Seiten. Dazu das Heft 20/21 der Sozialistischen Zeitung für Kunst und Gesellschaft von November 1973. 214 interessante Seiten mit viel interessantem Material über Hanns Eisler und dem Thema Musik im Klassenkampf. Beide seltene Ausgaben zusammen **Nur 10,— DM**

## BAUERNKRIEG




Ein Klassiker: Wilhelm Zimmermanns Wälzer: Der große deutsche Bauernkrieg. Von Engels gelobt bis heute viel gelesen. Wir bieten an eine über 800 Seiten dicke Leinenausgabe mit vielen Grafiken und Tabellen. Dazu noch: Hans Mühlestein Der große Schweizerische Bauernkrieg. Großformatiges Paperback, aus dem Unionsverlag, fast 700 Seiten. Beide Bücher parteiisch — für die Bauern gegen den Adel zu einem plebejischen Preis, zusammen **★ Nur 20,— DM**

## Malerei

Polnische Malerei von 1830 bis 1914 bietet ein schönes Bändchen aus dem DuMont Verlag. Es handelt sich um einen reich bebilderten und gut kommentierten Ausstellungskatalog. Interessante Texte, hervorragende Abbildungen, 267 Seiten, früher 24,— DM, jetzt **Nur 7,50 DM**

## Erich Weinert Bildbiografie

**Erich Weinerts Leben und Werk — das umfangreiche Schaffen des Dichters, Rezitators, Publizisten und Propagandisten ist in einem wunderschönen Bildband des Henschelverlags Berlin/DDR nachgezeichnet. Über 150 (Hochglanz)-Seiten mit Bildern, Zeichnungen, Dokumenten und Texten aus der Schaffensperiode in Deutschland dem Spanischen Bürgerkrieg und aus den Schützengräben, wo Erich Weinert mit seinen Mitteln die Hitler-Armee bekämpfte. Ein sehr schönes Büchlein, bei uns Nur 5,— DM**

## Film und Volk

Film und Volk war das Organ des Volksfilmverbandes. Sämtliche Ausgaben dieser Zeitschrift von Februar 1928 bis März 1930 sind in einem Buch nachgedruckt worden. Diese Ausgabe, aus der Reihe Kulturpolitische Dokumente der revolutionären Arbeiterbewegung (Verlag Gaehmke, Henke, Köln) ist 1975 erschienen. Neben dem vollständigen Nachdruck der Hefte gibt es noch ein Filmregister und ein komplettes Inhaltsverzeichnis für alle Ausgaben. Und das zum Preis von **Nur 12,— DM**

## WIDERSTAND




Zur Geschichte der Deutschen Antifaschistischen Widerstandsbewegung ist der Titel eines großformatigen roten Leinenbandes mit einer Unmenge an Materialien, Berichten und Dokumenten 1958 vom Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR herausgegeben. Ausklappbare Faximilenachdrucke von Widerstandsblättern, viele Fotos und Dokumente geben ein anschauliches Bild des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazi-Barbarei. 425 Seiten. Gut erhaltenes Exemplar für **★ Nur 20,— DM**

Der Bücherbote kommt ins Schwitzen: es sind zwar nicht ganz 2001 Angebote, aber eine Wohltat für jeden Bücherwurm, was der RM hier anbieten kann. Aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben unseres Archives, aus Restauflagen und modernem Antiquariat haben wir einen Bücherkorb zusammengestellt, in dem eigentlich jeder was Interessantes finden müßte. Der große Reibach wird mit diesem Angebot nicht gemacht — die Erlöse dieser Aktion fließen ausschließlich der Partei zu — eine Spende gegen dicke, voluminöse, bunte, große, theoretische oder antiquarische Spendenquittungen — die Lesevergnügen bereiten.

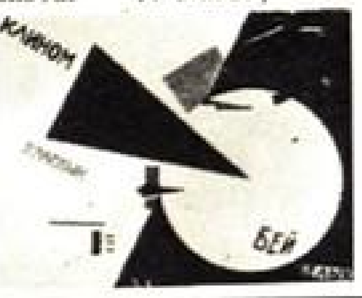
— Unsere Top-Angebote —

1983 fand in Westberlin die vielbeachtete Ausstellung „1933 — WEGE ZUR DIKTATUR" statt. Organisiert von der Staatlichen Kunsthalle in Berlin und der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst gab sie ein dichtes Bild der entscheidenden Zeit vor der Machtergreifung der Nazis. Damals erschien ein zweibändiger, großformatiger Katalog zur Ausstellung. Dieser Katalog enthält Dokumente, Analysen, seltene Fotodokumente, einen guten Querschnitt durch die Bildende Kunst der Zeit. Beide großformatigen Bildbände, (31/5 - 24 cm) mit einmal 420 und dreimal 245 Seiten verschleudern wir sozusagen zusammen für **Nur 39,— DM**

## DIE KUNST DER OKTOBERREVOLUTION 1917-1921

Das schönste uns bekannte Buch über die Kunst der Oktoberrevolution ist ein 1979 erarbeiteter riesiger Bildband über die Jahre 1917 - 1921. Herausgegeben ist das Werk vom Aurora-Kunstverlag in Leningrad und dem ECON-Verlag Düsseldorf und Wien. Die hervorragenden Vierfarbdrucke sind in Finnland gemacht worden.

Im Buch dargestellt, dokumentiert und kommentiert sind Alltagsgegenstände und Kunstwerke aus der Aufbruchszeit des russischen Volkes. Vom Agitationsporzellan, den ersten Briefmarken der Sowjetmacht, über Bühnenbildentwürfe und Plakate bis hin zu Malerei und Bildhauerei ist alles drin, in diesem Buch. Highlights dieses Werkes die Darstellung der Arbeiten Lasar Lissitzkis, oder Alexander Rodtschenkos, die Abbildung des ersten Bakunin-Denkmals in Moskau oder Marc Chagalls 1918/19 entstandenes Gemälde „Friede den Hütten, Krieg den Palästen." Eine inhaltsreiche, farbige Darstellung einer Epoche von Revolution und Aufbruch in Kunst und Gestaltung, die leider nicht allzulange anhielt. Den großen Bildband mit fast 400 Seiten gibt's bei uns für **★ Nur 39,— DM**



## Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge,** sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.

Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

## Lit-Paket

**„Deutsche Arbeiterlitaratur von den Anfängen bis 1914"**, Kleines dickes Reclam (Stuttgart) Bändchen mit 424 Seiten. W. van der Will, Rob Burns: **Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik — Eine historisch theoretische Analyse der kulturellen Bestrebungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft,** aus der Reihe Ullstein-Materialien 272 Seiten. Dann aus der Reihe Materialistische Wissenschaft des Oberbaumverlages die Bände 1 und 2. **Zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Literatur im Klassenkampf** und **Von der kritischen zur historisch-materialistischen Literaturwissenschaft — Vier Aufsätze.** Bd. 1: 267 Seiten, Bd. 2.: 147 Seiten. **Positionsbestimmungen Zur Geschichte marxistischer Theorie von Literatur und Kunst** Röderberg-Taschenbuch 476 Seiten. Auch noch im Paket: **Lexikon Sozialistischer Deutscher Literatur. Von den Anfängen bis 1945.** Dieser fast 600 Seiten dicke Wälzer ist der Nachdruck eines DDR-Lexikons, das neben einem literaturgeschichtlichen Überblick, dem Lexikonteil von A-Z noch ein Personenregister und ein Register der literarischen Stoffe enthält. Zusammen 2178 Seiten zu Kultur und Literatur! Unser Angebot für dieses Lit-Paket **★ Nur 25,— DM**

## RARITÄT

ALMANACH
DES VERLAGES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
1921

**In dieser Rubrik bieten wir in dieser Woche eine erlesene Rarität an. Den Almanach des Verlags der Kommunistischen Internationale aus dem Jahre 1921. Auf 330 Seiten kommen die wichtigsten Autoren des Verlags der KI von damals zu Wort, weitere 44 Seiten ergeben einen Überblick über das gesamte Verlagsprogramm.**

**Die Leseproben mit Texten von u.a. Lenin, Trotzki, E. Varga, Rosa Luxemburg, John Reed oder Upton Sinclair sind reich illustriert. Für dieses Buch angefertigt und**



**auch erstamls reproduziert, das berühmte Liebknechtgedenkblatt von Käthe Kollwitz und zwei Arbeiten von Georg Grosz. Viele Abbildungen sind farbig. Das Buch ist trotz einiger loser Seiten gut erhalten (leicht zu restaurieren) hat eine roten geprägten Einband. Dieses äußerst seltene Stück kostet bei uns ★ Nur 75,— DM**

## GEGEN GEBOT

Drei ganz seltene Bücher aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dokumente der alten SPD. Im einzelnen bieten wir an:

Das *„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — Abgehalten zu Köln am Rhein vom 22. bis 28. Oktober 1893."* Originalausgabe, *„Berlin 1893, Verlag der Expedition des ‚Vorwärts' Berliner Volksblatt."* Das über 285 Seiten dicke Bändchen enthält das Erfurter Programm der SPD, alle Redebeiträge und Anträge, Anwesenheitsliste, Rednerliste u.a. Wertvoll — einmalig und doch zu ersteigern **ab 30,— DM**

Zum gleichen Preis zu haben: *„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — Abgehalten zu Hamburg von 3. bis 9. Oktober 1897.* Ebenfalls erschienen im Verlag Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1897. Wie oben, alles drin, leicht beschädigtes Exemplar — trotzdem selten und wertvoll — auch zu haben **ab 30,— DM.**

Die Gründung
Deutschen ... Sozialdemokratie
Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter

*„Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903"* mit dem Titel *„Die Gründung der Deutschen Sozialdemokratie"* enthält auf 64 Seiten viele Bilder und Originalbeiträge, u.a. von August Bebel und Franz Mehring. Dieses seltene und schöne Stück aus dem Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft von 1903 kann erwerben, wer dem Verlag **mindestens 25,— DM bietet.**

## UNTERHALTUNG




**Zweibändiges *Lexikon zur populären Kultur* mit allem, was so gang und gäbe ist: Western, Science Fiction, Horror, Crime, Abenteuer, Komik, Romanze, Heimat und Familie, Sport und Spiel, Sex und weiteren Kategorien dessen, was täglich aus den Medien auf einen zukommt. Taschenbuchausgabe von 1977 insgesamt 637 Seiten**

**★ Nur 7,— DM**

## Parteibüros der KPD
### und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

**Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

**4630 Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

**4600 Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

**4100 Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

**4000 Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

**2000 Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

**3000 Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

**7100 Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

**2300 Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

**5090 Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

**6700 Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

**7000 Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 262438, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

**KPD Saar: 6685 Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

**Sektion Westberlin: 1000 Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474